DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

WIE HART WAR DER KNAST?
Michael Ballweg im Interview, Seiten 12 und 13 Foto: Videostill/telegram

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 129, Samstag, 15. April 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Rudolph Bauer mit Prof. Giorgio Agamben

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | **SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!**

REGIERUNG BEENDET »PANDEMIE«

Opposition auf dem Weg zum umfassenden





Wir hatten auf ganzer Linie recht. Die Masken waren eine einzige Quälerei, die 2/3G-Regelungen ein Bruch des Menschenrechts; die Spritzen tödlich. Am 5. April 2023 trat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor die Hauptstadtkameras und erklärte zähneknirschend die Corona-Pandemie für beendet. Die sogenannten Maßnahmen laufen aus.

Die Konzern- und Regierungsmedien, die sich in den vergangenen drei Jahren mit Panikmeldungen überboten, jeden Verfassungsbruch der Regierung bejubelten und ein immer härteres Vorgehen gegen »den Virus« und vor allem die demokratische Opposition forderten, können die Augen vor den Lügen und Verbrechen nicht mehr verschließen.

Mit schrittweisen Zugeständnissen und weichgespülter Aufarbeitung versuchen sie, den gerechten Zorn in der Bevölkerung zu beschwichtigen (Seite 15). Das wird ihnen nicht gelingen, denn Demokraten wissen, wo diese im Moment, indem es darauf ankam, standen und was sie taten.

Noch immer werden Corona-Urteile vollstreckt. Noch immer werden redliche Demokraten, die für Grundgesetz, Verhältnismäßigkeit und Wissenschaft auf die Straße gingen und gehen, überwacht, verfolgt und drangsaliert. Noch immer herrscht der Impfzwang bei den Soldaten der Bundeswehr. Noch immer sind die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen.

Corona wurde nur gegen einen neuen Krieg ausgetauscht. Die freidrehende Herschaftskaste des Westens kann sich nur noch mit einem ununterbrochenen Ausnahme- und Kriegszustand an der Macht halten (Seite 11). Dagegen stellen Demokraten von Beginn an einen friedlichen, zivilisierten und realistischen Gegenvorschlag: Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 16) mit Wirtschafts- und Sozialcharta und Volksabstimmungen über alle grundlegenden Fragen. Das bedeutet dann konkret: Die friedliche Revolution von 1989 wird vollendet.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

Seit 2010 wird Journalisten-Legende Julian Assange gefangen gehalten, weil er US-Kriegsverbrechen aufdeckte. Zuletzt verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zusehends. Am 16. April 2023 wird an der JVA Stammheim demonstriert.

⊙ Seite 6

INHALT #DW129

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 129. Ausgabe ab Samstag, 15. April 2023. | Redaktionsschluss war am 13. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Rudolph Bauer, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Ein Kämpfer für den Frieden!

Der Preis der Republik geht an Dr. Daniele Ganser.

LAUDATIO von Klaus Müller

Am 24. Februar 2022 begann der Ukrainekrieg. Das jedenfalls wollen uns die *Mainstream*-Medien glauben lassen. Einer, der bei diesem Spiel nicht mitmacht, ist Dr. Daniele Ganser. Der Historiker und Friedensforscher beleuchtet bei seinen Vorträgen das, was den Menschen, die ihre Infos ausschließlich aus *Tagesschau*, *SZ* & Co beziehen, nicht bewusst ist. Es geht um geschichtliche Zusammenhänge und das Bild vom vermeintlich guten Wertewesten und dem ach so bösen Russen, das in den staatstreuen Medien gerne gezeichnet wird und dort nicht oft genug wiederholt werden kann.

Bei seiner Aufklärungsarbeit stößt der Schweizer auf massiven Widerstand. Unbedeutende Bürgermeister spielen sich als vermeintliche Retter der Demokratie auf und versuchen, die Auftritte Gansers in ihrer Stadt zu verhindern. Diffamierung, Ausgrenzung und Hetze statt sachlichem Diskurs und Akzeptanz anderer Meinungen. Das alles kannten wir bereits aus der Corona-Zeit. Beim Krieg, auch das wissen wir längst, ist es nicht anders.

Doch Ganser lässt sich von den Anfeindungen nicht einschüchtern. Er kämpft für sein gutes Recht und setzt seine Auftritte, etwa den am 27. März in der Dortmunder Westfalenhalle, notfalls vor Gericht durch. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte wenige Tage zuvor entschieden, dass er dort auftreten darf, was Bürgermeister Thomas Westphal (*SPD*) gerne verhindert hätte. So weit ist es leider schon gekommen: Meinungsfreiheit lässt sich im »besten Deutschland« aller Zeiten oft nur noch mit Klagen durchsetzen. Nur gut, dass es Menschen wie Daniele Ganser gibt, die sich wehren und für Frieden und Demokratie einstehen.

Auf seinen Vorträgen verteilt Ganser Rote Karten – etwa an Wladimir Putin für dessen völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine, oder an Olaf Scholz, Wolodymyr Selenskyj und mehrere US-Präsidenten. Von seinem Publikum erhält er stehende Ovationen, vom *DW* gibt es diesen Preis. Gratulation!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. DANIELE GANSER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic.



Und die nächste Bank schloss unser Konto! Mittlerweile ist es die zwölfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

**Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 032064
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung**

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Über die Philosophie

EINWURF von Werner Köhne

Philosophie – so hieß es einmal in Zeiten ihrer Blüte – ist »ihre Zeit in Gedanken erfasst«. Aus der Erfahrung der letzten Jahre lässt sich anzweifeln, ob der Philosophie dies je gelang. Immerhin hat der Denker Hegel dem Anspruch dieses Bild entgegengehalten – übrigens ein wunderschönes: »Die Eule der Minerva beginnt ihren Flug erst in der Dämmerung.« Was soviel bedeutet wie: Verstehen lässt sich das, was geschieht, erst dann, wenn es womöglich schon zu spät ist – was wiederum besagt: wenn sich aus dem späten Verstehen keine Handlungshilfen ableiten lassen.

»Ihre Zeit in Gedanken erfassen«: Das kommt heute in den Wirren einer vor sich hin wurschtelnden und vergifteten *Post*-Corona-Gesellschaft fast ausschließlich dem launigen Zeitgeist zu. Um gleich jedes Missverständnis auszuschließen: Dieser Zeitgeist hat mit der oben erwähnten Reflexion auf die Zeit nichts zu tun. Er lässt vielmehr die Herrschaft der herrschenden Begriffe nur als die Begriffe der herrschenden Corona-Clique zu.

Mit allen Mitteln wird versucht, das freie Denken einzufrieren und es in die Bestandteile von Moden und Trainingsprogrammen für korrektes Verhalten zu zerlegen. Das gelingt aber nur, wenn die »Eule der Minerva« selbst in der Dämmerung nicht mehr starten kann. Die Eule fliegt überhaupt nicht mehr. In diesem Sinne wurde insbesondere in den letzten Jahren kaum noch Erkenntnis, ja nicht einmal Erfahrung zugelassen.

Der Autor Michael Rutschky hatte vermutet: Erst, wenn eine Geschichte zu Ende geht, beginnt Erfahrung. Eben dies scheint zum vorläufigen Ende des Corona-Narrativs nicht mehr gegeben zu sein. Ja, ich gehe noch weiter: All die Fallen, in die wir jetzt in Folge erlogener uns aufgezwungener Notwendigkeiten und Gewissheiten tappen, werden Erfahrungen unmöglich machen – und uns auf jenen Zustand einschwören, den Klaus Schwab im Auge hat. Der transhumane Mensch als Relaisstation für Daten und »biodigitale Konvergenz« büßt nicht nur Erkenntnis und Erfahrung ein, er verliert auch jeden Sinn für den Algorithmus. Deshalb: Schluss mit der Anbiederung an die Sprache des Zeitgeistes – für den Herzschlag freien Lebens.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

Panikmache hinterfragen

Corona-Aufarbeitung für alle | Von Dr. Christine Born

Corona hat den meisten Europäern nahe gebracht, wie sich autoritäres und diktatorisches Vorgehen von Regierungen seelisch und körperlich anfühlt. Enge in der Brust, blockiertes Atmen, Körperstarre, Vereinzelung, Misstrauen, Rückzug, latente Aggression gegen andere bei Ansteckungsgefahr.

Unermessliche Angst vor dem Sterben und vor sozialer Isolation bei nonkonformem Verhalten brachte die Mehrheit zu zwanghaftem Einhalten widersprüchlicher und zuweilen gar gesundheitsschädigender Hygienemaßnahmen.

MEHRHEIT EMPFÄNGLICH FÜR ANGST, ZWANG UND DRAMATISCHE SENSATIONEN

Die Mehrheit der Bevölkerung gab unterwürfig, anpassungsbereit und voller solidarischer Einsicht ihre Bürgerrechte auf und rief sogar angstversessen nach noch mehr Härte und Staatsgewalt. Die Angstgetriebenen hinterfragten nichts mehr und forderten: »Gehorchen!« (Winfried Kretschmann) von allen. Die Seuchen-Erzählung, das vielbeschworene Corona-Narrativ, schlug in Deutschland ein wie weiland Grimms Märchen.

DRAMA-HINTERFRAGER WAREN »NAZIS«

Wer sich dieser PR-*Show* – große Werbeagenturen waren eingebunden – mit all ihrer märchenhaften Dynamik verweigerte, kühl blieb und Distanz wahrte, war schon sehr verdächtig. Wer sich seiner Vernunft bediente und nicht tief mit in die Panikwelle eintauchte, erzeugte bei den Verängstigten oft Ärger und Wut. Jetzt musste einfach jeder Angst haben! Das war das Gebot der Stunde. Und nahm er nicht teil an der überbordenden Angstorgie, war er im besten Falle ein »Verschwörungstheoretiker« und gefährdete die »Volksgesundheit«. Oder schlimmer – er war ein »Querdenker« oder/und »Nazi«. An abwertenden Kategorien und diskriminierenden Schimpfworten mangelte es Politikern, staatstreuen Massenmedien und Mitmenschen wirklich nicht.

NUR WER PROPAGANDA ALS SOLCHE ERKENNT, KANN SICH DAGEGEN WEHREN

Die Angst erzeugte körperliche und seelische Anspannung. Man fühlte sich nicht mehr wohl in seiner Haut, auch wenn alles spektakulär und sensationell war. Man spann sich ein in einen Kokon, schirmte sich so ab vor der gefährlichen und menschlich kalten Außenwelt. Und konsumierte im Übermaß … unter anderem Medien. Die Einschüchterung und politisch verordnete Panikmache lief in der Regel vermittelt über Bilder und Worte – und das pausenlos. Jahrelanges mediales Überfluten der Bevölkerung mit einem bestimmten Thema und einer bestimmten Lösung nennt man Propaganda. Das ist der passende Fachbegriff, sagt auch die Bundeszentrale für politische Bildung: »Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse. In Verbindung mit dem Krieg machen Politiker und Militärs von Propaganda Gebrauch, um zum Beispiel die eigene Bevölkerung von einem Krieg zu überzeugen.« Womit wir schon bei der aktuellen Propaganda-Schlacht wären, dem Ukrainekrieg.

BEI DAUERSCHLEIFEN MISSTRAUISCH WERDEN

Die Lenkung der öffentlichen Meinung und des Denkens durch Propaganda kann ein Merkmal diktatorischer Prozesse sein – nicht umsonst sprachen Kritiker der Corona-Politik von einer »Corona-Diktatur«. Eigentlich gehört die Funktion von Propaganda ja zum politischen und historischen Grundwissen. Wo hatte sich dieses während der Coronazeit bloß so gut versteckt? Im Grunde kennen doch alle den Begriff »Propaganda« noch aus ihrer Schulzeit. Warum ließen sich so viele durch die – zugegeben gut gemachte – Angst-Propaganda so fundamental erschüttern und beeinflussen?



Vierte Gewalt? Das war einmal! Staatstreue Medien haben massiv zur Panikmache beigetragen. Foto: Steve Schramm

Man kann daraus für die Zukunft nur lernen und dieser Lernprozess ist jetzt bei vielen angestoßen worden: Wenn einem mit allen Mitteln – Horrorfotos, Schreckenszahlen und -szenarien, Diffamierungen, moralisierenden Schuldzuweisungen, Drohungen und Appellen an soziale Tugenden – in aufdringlicher monatelanger Dauerberieselung Angst gemacht werden soll und dabei alle nur noch ins gleiche Horn blasen, dann stimmt etwas ganz und gar nicht. Dann muss man – um sich selbst und seine Nächsten zu schützen – anfangen, das Thema und das Vorgehen zu hinterfragen.

KÖRPERSPRACHE ERNST NEHMEN

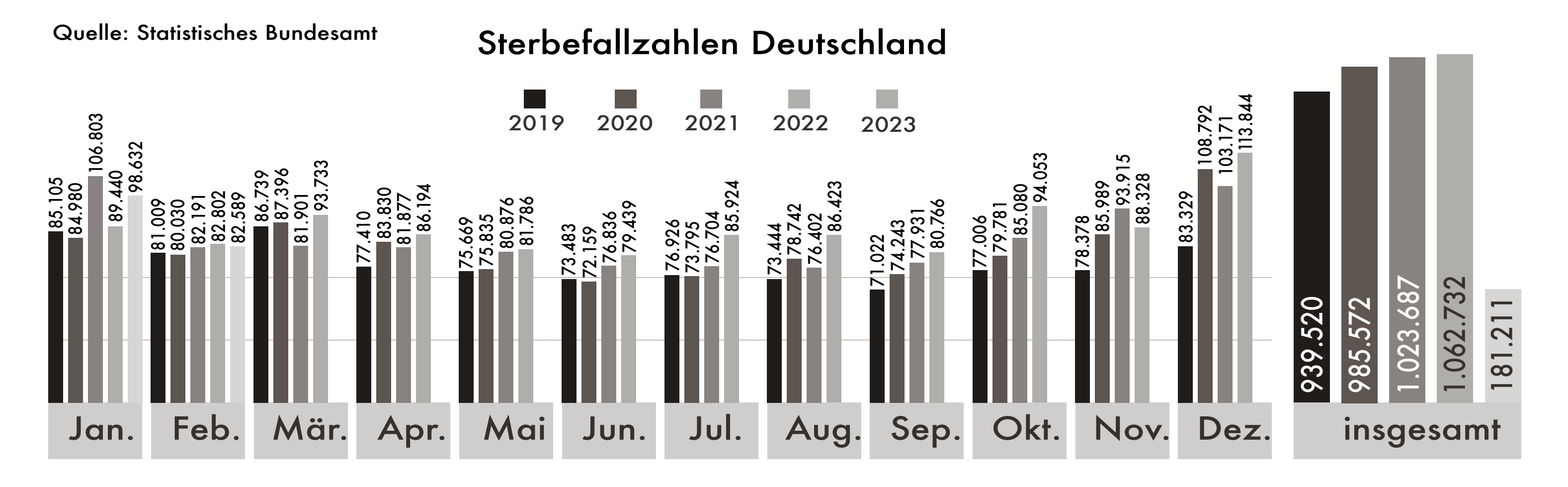
Dabei sollte man auf jeden Fall die eigenen körperlichen und seelischen Reaktionen auf die Angstmache spüren und ernst nehmen. Den Magen, der sich zusammenzieht, wenn sie im Fernsehen schon wieder von den Inzidenzen sprechen oder die Enge in der Brust, wenn Politiker die Impfpflicht fordern. Unsere Körpersignale können uns anzeigen, dass hier etwas nicht in Balance ist, dass etwas passiert, was uns Menschen nicht dient. Warum hat die Mehrheit bei Corona diese Panikmache von außen so ungefiltert zugelassen? Zu dieser massiven Angsterzeugung hat niemand das Recht!

UNWISSENHEIT IST DIE MUTTER DER ANGST (HERMAN MELVILLE)

Bereits 2020 konnte jeder, der wollte, sich anhand von Fachliteratur oder in den alternativen Medien informieren und Hintergründe zu Corona und der Coronapolitik erfahren. Die unabhängigen Medien haben früh die übertriebene Corona-Panikmache angeprangert, vor einer voreiligen »Impfung« gewarnt und kritisches Denken ermutigt. Man musste nur lesen oder hören, aber vielen war das zu anstrengend, obwohl es um die eigene Gesundheit ging. Sie ließen sich durch innere und äußere Barrieren davon abhalten, einfach einmal auf eigene Faust neue Informationswege zu gehen. Nachrichten von Freunden, die neue Informationsquellen zu Corona anzeigten, sehen sie bis heute nicht als Chance, sondern löschen sie ungelesen oder weisen sie sogar noch erbost von sich.

Corona war ein Präzedenzfall. Vielen ist klar geworden: Sobald Propaganda spürbar und sichtbar wird, macht es Sinn doch auch einmal »Feindsender« zu hören und mehr zu lesen als sonst. Zum Glück gibt es im Internet und auch auf dem Zeitungsmarkt leicht auffindbar unabhängige Informationsquellen, die ein Korrektiv zu den regierungstreuen Medien darstellen und somit eine echte Meinungsbildung ermöglichen. So funktioniert Demokratie. Allerdings sollte die Aufklärungsarbeit der freien Medien dann auch entsprechend honoriert werden.

Dr. Christine Born ist Diplom-Journalistin/freie Journalistin und Mitglied im DJV. Sie wohnt in Stuttgart und befasst sich vorwiegend mit politischen, sozialen und kulturellen Themen.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde sogar ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SCHWEIZ ZIEHT SÄMTLICHE COVID-»IMPFSTOFFE« ZURÜCK

Bern/DW. Die Schweiz hat ihre Empfehlung für die Covid-19-Spritzen mit sofortiger Wirkung zurückgenommen. Das teilten das *Bundesamt für Gesundheit (BAG)* und die *Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF)* in einer gemeinsamen Erklärung mit. Ärzte, die dennoch weiter »impfen« wollen, sind für mögliche Nebenwirkungen haftbar zu machen. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach *(SPD)* hat die Corona-»Pandemie« für beendet erklärt. Er ist der Meinung, Deutschland hätte sie »erfolgreich» und mit einer »guten Bilanz« bewältigt. Eine Unterstützung der durch die Spritzen geschädigten Menschen zeichnet sich nach wie vor nicht ab. +++ Laut der Schweizer *Weltwoche* verdichten sich die Hinweise auf Spontanaborten und Totgeburten durch die Covid-»Impfung«: Gleich viele Schwangere, aber weniger Geburten. +++ +++ Wie das Portal *report24.news* vermeldet, belegen *CDC*-Daten aus den USA eine starke Zunahme von Krebserkrankungen seit 2021 +++ (kmü)



WAHRHEITEN AUF TWITTER

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Mit Elon Musk werden die Leitmedien nicht mehr warm. Aufreger der Woche: Sein Kurznachrichtendienst hat der *BBC* den Stempel *Government-funded Media* (dt.: von der Regierung finanziertes Medium) verpasst. Die bange Frage hinter der Empörung: Was ist mit *ARD* und *ZDF*?

Frank Überall, Vorsitzender des *Deutschen Journalistenverbandes*, hat tief Luft geholt, um es Elon Musk zu zeigen. Gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit. Machtfülle. Missbrauch. Hemmungslos gegen alle, »die nicht auf seiner Linie sind. Damit muss Schluss sein.« Überalls Verband schrieb, das *Label* »staatlich finanziert« rücke die *BBC* »in Propagandanähe«. Wo das steht? Auf *Twitter*. Wo sonst.

Das einzige Argument von Frank Überall und seinen Jüngern steht auf tönernen Füßen: der Rundfunkbeitrag. Also: die Bürger, die die *BBC* bezahlen. Wir kennen das. In Deutschland melden die Sender einer Kommission, wie viel Geld sie brauchen, und die Landtage bestimmen dann, wie viel wir zu geben haben. Die Politik legt die Summe fest. Die Politik besetzt die Spitzen in Anstalten und Redaktionen und dominiert die Rundfunkräte. Und der Staat marschiert auf, wenn jemand keine Lust mehr hat, jedes Quartal 55,08 Euro zu überweisen. Menschen sind dafür schon ins Gefängnis gegangen. Heißt: Es gibt keinen Unterschied zu einer Steuer.

Twitter spricht aus, was alle wissen könnten. Auch deshalb ist der Rundfunkbeitrag ein Auslaufmodell. Die britische Regierung hat schon lange entschieden, neue Wege zu gehen. Spätestens 2027 soll Schluss sein mit den *BBC*-Gebühren. Emmanuel Macron hat im letzten Präsidentschaftswahlkampf mit dem gleichen Versprechen gepunktet. Nach seinem Sieg setzte der Senat die Zahlung bis Ende 2024 aus. Fortsetzung folgt.

Das gilt auch für Deutschland. In der Entlastungsdebatte rund um die Heizkosten vor einem Jahr war auch der Rundfunkbeitrag in der Verlosung. Das heißt: Der Staat hätte das Geld. Es müssen ja nicht zehn Milliarden sein. Staatsfernsehen ist billiger zu haben. Wenn es so kommt, stehen die Programme in jeder Haushaltsdebatte auf der Tagesordnung. Das würde Klarheit bringen, aber auch das Ende aller Freiheiten, auf die sich Journalisten heute noch berufen können. Es wird Zeit, dass wir uns den Rundfunk zurückholen.

Prof. Michael Meyen ist Diplomjournalist, Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft an der LMU in München.



DAS SUPERSPREADER-SANDWICH VOR DEM AMTSGERICHT BIELEFELD

Ein Prozessbericht vom 3. April 2023

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Während die Politiker, die uns mit den Corona-Regeln drangsaliert haben, öffentlich um Nachsicht betteln, werde jene, die gegen diese Regeln verstoßen haben, mit unverminderter Härte verfolgt. Ein Prozessbericht.

Montag, 3. April 2023, Amtsgericht Bielefeld, Saal 11: Einem Ehepaar wird der Frevel zur Last gelegt, in der *Subway*-Niederlassung in Bielefeld an der Eckendorfer Straße am 27. Februar 2022 ohne 2G-Nachweis ein *Sandwich* verzehrt zu haben. Außerdem sollen die beiden keine Maske getragen haben. Bußgeld laut Bescheid: 325 Euro pro Nase. Da bei gemeinschaftlich begangenen Taten jeder seinen eigenen Verteidiger haben muss, wurden der Ehemann von Rechtsanwalt Stefan Schlüter (aus Löhne/Westfalen) und die Ehefrau von mir vertreten.

Manchmal hat man bei solchen Vorfällen das Glück, dass die *Sheriffs* vom Ordnungsamt sich nach so langer Zeit an nichts mehr erinnern können. Hier aber leider eben doch. In der Hauptverhandlung stellte sich allerdings heraus, dass das Paar die Ware nicht zum Verzehr im Restaurant, sondern zum Mitnehmen erworben hatte. Danach hatten sie das Restaurant verlassen und sich an einen der Außentische gesetzt – nachdem sie, wie sie unwiderlegt angaben, beim anwesenden *Subway*-Personal gefragt hatten, ob sie das dürfen. An der Eingangstür war ein Schild angeheftet gewesen, worauf geschrieben stand, es gelte »im Restaurant 2G+« – was man durchaus so deuten konnte, dass damit nur der Innenbereich gemeint war.

Der Maskenverstoß war damit schon mal vom Tisch. Und auch der 2G-Verstoß stellte sich in einem deutlich milderen Licht dar, als der Bußgeldbescheid es hatte vermuten lassen. Aber die Richterin weigerte sich, das Verfahren zur Gänze einzustellen: 2G habe eben damals auch an den Außentischen gegolten. Im Klartext: Das Paar hätte sich außerhalb des Restaurantgebäudes überall auf der Welt hinsetzen dürfen – nur nicht an einen der Außentische, die zum Restaurant gehören.



Demonstrantin mit klarer Haltung. Foto: Steve Schramm 2

Natürlich haben wir als Verteidiger ins Feld geführt, dass selbst Karl Lauterbach die Maßnahmen im Freien heute für »Schwachsinn« hält. Wir haben ins Feld geführt, dass die Politiker jetzt alle um Nachsicht winseln und sich fragen müssten, welche Nachsicht sie sich denn erhofften, wenn sie ihrerseits nicht dafür sorgten, dass der Staat nunmehr mit den Corona-Delinquenten Nachsicht übe. Ebenso haben wir ins Feld geführt, dass Regeln, die auf der Prämisse beruhen, dass der Mensch allein deshalb, weil er existiere und ausatme, eine Gefahr für andere Menschen darstelle, niemals von den Gerichten hätten gebilligt werden dürfen. Die Richterin kommentierte dies alles nur mit einem Achselzucken: Die Obergerichte (in diesem Fall das OLG Hamm und das OVG Münster) hätten sich, was die Rechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen anbelange, festgelegt. Daran sei sie gebunden. An die Regeln müsse man sich eben halten. Es entlaste unsere Mandantschaft auch nicht, dass sie beim Bedienungspersonal nachgefragt habe und dort falsch informiert worden sei: Unwissenheit schütze nicht vor Strafe.

Ich fragte die Richterin dann noch, ob sie sich vorstellen könne, was das mit den Menschen mache, wenn harmlose Alltagshandlungen kriminalisiert werden. Die Richterin meinte, ich wüsste doch, dass das keine Kriminalisierung sei. Damit wollte sie sagen: Es handle sich hier doch nur um ein Bußgeld und nicht um eine Kriminalstrafe. Das ist formaljuristisch völlig richtig, aber die Richterin hat nicht verstanden, was ich ihr sagen wollte – die Menschen, die sich die Corona-Bußgelder einfangen, empfinden diese wie eine Kriminalstrafe! Und bei Bußgeldern gelten auch in weiten Teilen dieselben Grundsätze wie im Strafrecht: Im Zweifel für den Angeklagten (den man im Ordnungswidrigkeitenrecht den »Betroffenen« nennt), keine Strafe (bzw. Bußgeld) ohne Gesetz, keine mehrfache Verfolgung ein und derselben Tat!

Meine Mandantin schilderte der Richterin, wie schlecht es ihrem Mann ging, als der Bußgeldbescheid in Haus geflattert war. Und sie erklärte der Richterin, dass ihr Vertrauen in den Rechtsstaat nunmehr empfindlich gestört ist. Auch dafür hatte die Richterin kein Verständnis. Die deutsche Justiz im Nebel der eigenen Selbstgerechtigkeit. Wir haben es bei jenen, die wegen Corona-Verstößen verurteilt werden, ganz überwiegend mit Menschen zu tun, die vorher noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren und auch nie vorhatten, es zu tun. Es sind allerdings Menschen, die sich nicht vom Staat bevormunden lassen. Und genau an diesem Punkt kulminierte das wechselseitige Unverständnis. Die Richterin meinte, es gehe hier irgendwo auch ums Prinzip. Und das ist das Fatale: Die deutsche Justiz verlangt gegenüber der Obrigkeit Gehorsam um des Gehorsams willen – und begreift nicht, dass ein demokratischer Rechtsstaat genau dies nicht verlangen darf. In den Worten des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier: Die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen.

Die Richterin ließ sich auf eine Herabsetzung des Bußgeldes auf 100 Euro ein, nachdem unsere Mandantschaft den Einspruch widerwillig auf die Rechtsfolgenseite beschränkt hatte. Damit ist der Fall erledigt. Der deutsche Staat hat jedoch nunmehr bei zwei weiteren Menschen jegliches Vertrauen verspielt.

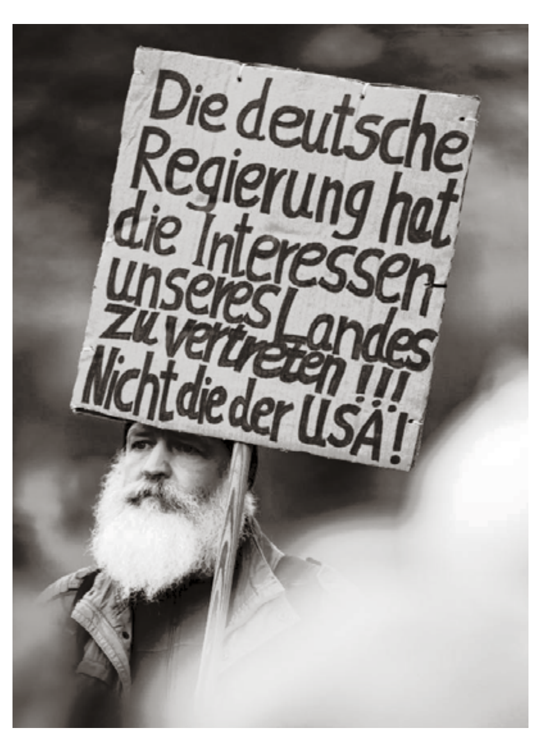


Foto: Commons

ZITAT DER WOCHE

»Solange sich die meisten deutschen Politiker und Journalisten gegenüber Washington wie Heloten verhalten, die noch nicht einmal den Mut haben, den USA die rote Karte zu zeigen, weil sie die Nord-Stream-Pipelines gesprengt haben, bleibt Europa der hoffnungslose Vasall einer aggressiven Weltmacht, deren Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg über 20 Millionen Tote zur Folge hatten.«

Oskar Lafontaine via *Facebook*



Einleuchtende Forderung eines Demokraten. Foto: Georgi Belickin

Ist der Sozialstaat bald am Ende?

Durch immer neue Schulden wird der deutsche Export-Schlager schlechthin gefährdet.

KOMMENTAR von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Das Grundgesetz verwendet an keiner Stelle die Wortverbindung »Sozialstaat«. Das Adjektiv »sozial« tritt vielmehr als eines unter mehreren Prinzipien auf, so in Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes in der Verbindung »demokratischer und sozialer Bundesstaat«.

Im Bereich der Sozialversicherung wird generationenübergreifende Gerechtigkeit durch das Sozialstaatsprinzip zu einem essentiellen Staatsziel. Aber wie lange ist der Sozialstaat noch aufrecht zu erhalten, wenn immer mehr Schulden gemacht werden? Nicht einmal die aktuellen Sozialleistungen dürften noch dem Grundgesetz entsprechen.

Nachdem man aus Hartz IV das Bürgergeld macht, gab es 50 Euro mehr, aber auch davon ist eine Teilhabe am öffentlichen Leben nicht gesichert, im Gegenteil: Immer mehr Menschen müssen inzwischen am Ende des Monats zu einer der vielen Tafeln gehen, weil die Inflation es ihnen nicht mehr ermöglicht, genügend einzukaufen. Ein Mandant von mir wurde erwischt, als er sich im Supermarkt ein Steak klaute – ihm seien Reis und Nudeln bereits an den Ohren heraus gekommen, sagte er mir. Am Sozialgericht Oldenburg habe ich nun eine Klage gegen die Berechnung des Bürgergelds eingereicht.

SCHULDENBREMSE UND SONDERVERMÖGEN

Die einst eingeführte Schuldenbremse sollte die Staatsverschuldung eindämmen, allerdings umgeht man nun diese Schuldenbremse durch die Einführung von sogenannten Sondervermögen. Insgesamt gibt es auf Bundesebene bereits 27 Sondervermögen, das bekannteste wohl die zusätzlichen 100 Milliarden zur Aufrüstung der Bundeswehr. Abgesehen davon, dass die Sozialleistungen vorne und hinten nicht mehr ausreichen, droht auch kommenden Generation durch die sogenannten Sondervermögen eine Verschuldung in Milliardenhöhe.

Der Bundesrechnungshof ermahnte die Bundesregierung bereits wegen stark gestiegenen Schulden. »Um einen drohenden Kontrollverlust bei den Bundesfinanzen zu verhindern, muss der Bund die Dynamik der Neuverschuldung stoppen«, heißt es kürzlich in einem neuen Gutachten der Rechnungsprüfer. Die Krisen der vergangenen Jahre haben tiefe Spuren in den Bundesfinanzen hinterlassen. Um sie zu bewältigen, hat der Bund die Aufnahme von fast 850 Milliarden Euro neuen Schulden vorgesehen. Der Schuldenberg würde damit binnen nur drei Jahren um fast 60 Prozent auf mehr als 2,1 Billionen Euro anwachsen. Noch nie wurden in so kurzer Zeit so viele neue Schulden gemacht.

Von einer generationenübergreifenden Gerechtigkeit kann also keine Rede mehr sein. Dies sollte bei den Politikern zu einem Umdenken führen, ob wir uns Ausgaben wie teure Waffenlieferungen, Gas-Preis-Bremsen, Lockdowns, oder auch immer mehr Ukraine Flüchtlinge leisten können.

AUSGABEN FÜR FLÜCHTLINGE UND FIKTIONSBESCHEINIGUNGEN

Ende 2022 hatten wir bereits über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, welche unser Sozialsystem stark belasten. Hintergrund ist eine EU-Richtlinie, demnach erhalten Ukrainer eine sogenannte Fiktionsbescheinigung. Eine Fiktionsbescheinigung wird ausgestellt, wenn über einen beantragten Aufenthaltstitel noch nicht abschließend entschieden wurde. Flüchtlinge aus der Ukraine, denen der Aufenthalt zum vorübergehenden Schutz gewährt wird, erhalten auf Antrag eine Aufenthaltserlaubnis. Rechtlich gilt eine Fiktionsbescheinigung wie ein Aufenthaltstitel. Das bedeutet auch, dass Ukrainer damit aus Deutschland aus- und auch nach Deutschland wieder einreisen dürfen, zum Beispiel um Urlaub zu machen. Reisen ins Ausland und die Wiedereinreise sind mit einer gültigen Fiktionsbescheinigung nach Paragraph 81 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes möglich. Ich frage mich, wo sollen die über eine Million Ukrainer eigentlich sein? Ich habe nicht den Eindruck, dass sie bei uns sind, sondern vielmehr, dass sich viele nach der Ausstellung ihrer Aufenthaltserlaubnis in den »Heimaturlaub« verabschiedet haben, aber weiter bei uns Sozialleistungen beziehen.



Staatskohle sollte man sinnvoll investieren. Foto Georgi Belickin

LEISTUNGSFÄHIGKEIT DES SOZIALSTAATES

Wie viele Flüchtlinge, neue Schulden und Sondervermögen soll unser Sozialsystem denn noch aushalten? Jetzt werden erneut weitere 15 Milliarden Euro für Waffen und Munition ausgegeben, obwohl kein Geld vorhanden ist. Nach der grundgesetzlichen Ordnung gibt es zwar keine verfassungsrechtlichen Maßstäbe für die Gestaltung der sozialen Sicherheit, es ist aber notwendig, die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates zu erhalten. Ich befürchte aber, dass der Sozialstaat aufgrund dieser enormen Ausgaben bald am Ende sein wird. Große soziale Unruhen halte ich dann auch nicht mehr für ausgeschlossen.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

WIRD SCHOLZ ERPRESST?

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) steht im Verdacht, den CumEx-Millionen-Skandal in seiner Zeit als Erster Bürgermeister Hamburgs bewusst verschleiert zu haben. Er selber sagt: »Ich kann mich nicht erinnern.« Ein Skandal, dennoch sitzt er im Amt. Merkwürdig: Jedes Mal, wenn Eintreten für Frieden, Wohlstand und Eigenständigkeit gefordert ist, wird CumEx hochgekocht. So auch diese Woche. Der Französische Präsident Emmanuel Macron sprach sich für eine unabhängige europäische Politik gegenüber USA und China aus, Scholz hätte zustimmen können, doch dann wurde rein zufällig der CumEx-Banker Christian Olearius verhaftet. Scholz schwieg und Bärbock plapperte. Fazit: Scholz, zieh die Rote Linie und mach den Rücktritt, sonst wird's immer schlimmer. (jro/DW)



Foto: Wikimedia

MELDUNG

MICHAEL KRETSCHMER WARNT VOR ENERGIEKNAPPHEIT

Dresden/DW. Am heutigen Samstag (15. April) werden die letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet: Emsland in Lingen (Niedersachsen), Isar 2 bei Landshut (Bayern) und Neckarwestheim 2 südlich von Heilbronn (Baden-Württemberg). Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer *(CDU)* warnt infolgedessen vor einer Energieknappheit. Gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur (DPA)* erklärte er: »Die Energiepolitik der Bundesregierung ist kurzsichtig, die von der Ampel geplante Abschaltung der Atomkraftwerke grundverkehrt.« Während Wirtschaftsminister Robert Habeck *(Grüne)* die Energieversorgung in Deutschland für gesichert hält, fordert die *FDP* eine AKW-Reserve. (kmü)

BUNDESREGIERUNG EINIGT SICH AUF ECKPUNKTE ZU CANNABIS

Berlin/DW. Wie das Bundesgesundheitsministerium am Mittwoch mitteilte, sollen Erwachsene künftig Cannabis in bestimmten Mengen privat oder in nicht-gewinnorientierten Vereinigungen anbauen dürfen sowie im Rahmen eines regionalen Modellvorhabens in lizenzierten Fachgeschäften erhalten können. Darauf einigte sich die Bundesregierung nach Gesprächen mit der EU-Kommission. Ziel bliebe weiterhin, die Qualität zu kontrollieren, die Weitergabe verunreinigter Substanzen zu verhindern, den Jugendschutz sowie den Gesundheitsschutz für Konsumenten bestmöglich zu gewährleisten sowie den Schwarzmarkt einzudämmen. (kmü)

SCHOLZ HÄLT AN PROTZBAU FÜRS KANZLERAMT FEST

Berlin/DW. Sage und schreibe 777 Millionen und somit 177 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant soll der Erweiterungsbau des Kanzleramts kosten. Trotz der Kritik von Finanzminister Christian Lindner (FDP) hält Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) an den Plänen fest. »Wir haben Entscheidungen getroffen schon in der letzten Legislaturperiode«, konnte sich der im Cum-Ex-Skandal verwickelte Scholz bei einer Regierungsbefragung im Bundestag erinnern, »und die entsprechenden Abarbeitungsschritte sind im Gange, wie man ja sehen kann, wenn man sich umguckt«, erklärte er weiter. (kmü)

CLAUDIA ROTH: HOLLYWOOD-REISE AUF KOSTEN DER STEUERZAHLER

Berlin/Los Angeles/DW. Exakt 34.783,24 Euro kostete dem Steuerzahler die *Hollywood*-Reise von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (*Grünen*). Das berichtet das Magazin *Tichys Einblick*. Bekannt wurde dies erst durch eine offizielle Anfrage des *AfD*-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz. Roth war in Begleitung von drei Mitarbeitern anlässlich der Oscar-Verleihung in die USA gereist. Wie ihr Büro erklärte, habe sie »während ihrer Reise in Los Angeles eine Vielzahl von (Veranstaltungs-)Terminen zur Filmförderung, Filmwirtschaft, Exil- und Erinnerungskultur wahrgenommen«. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
ALBSTADT: Sonntag 14:00 • Zollernalbkurier • Bürgerturmplatz
AUGSBURG: Samstag 15:30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag 13:00 • ZDF Hauptstadtst. • Unter den Linden 36
BERLIN: Donnerstag 14:00 • ARD Hauptstadtst. • Wilhelmstr. 67A
BREMEN: Donnerstag 17:00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18:00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh Greene Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11:30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16:30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag 19:00 Rheinzeitung • Clemensplatz
KONSTANZ: Montag 18:00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17:00 • WDR Rundfunk • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19:00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17:45 NDR • Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18:00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MEMMINGEN: Donnerstag 18:00 • Memminger Zeit. • Schrannenplatz
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17:00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
TÜBINGEN: Dienstag 17:15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz – MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus – NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 15.4.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.4.2023 11-15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 15.4.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 15.4.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 15.4.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.4.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 15.4.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 15.4.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 15.4.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.4.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 16.4.2023 11-18 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung
So, 16.4.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 16.4.2023 11-18 Uhr	Karlsruhe, am Schloß Rüppurr	Osterfriedensmarsch
So, 16.4.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 17.4.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 17.4.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 17.4.2023 18-22 Uhr	Bruchsal, am Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Umzug
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 17.4.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 17.4.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Pestalozzistr.10	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.4.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 17.4.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 17.4.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 17.4.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 17.4.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 18.4.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.4.2023 9-16 Uhr	Erfurt, auf dem Willi-Brandt-Platz	Gerichtsverhandlung von Weimarer Richter Dettmar
Di, 18.4.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 18.4.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.4.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 18.4.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 19.4.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 19.4.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 19.4.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 19.4.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 19.4.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 19.4.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 19.4.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 19.4.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 19.4.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 19.4.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 20.4.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 20.4.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 20.4.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 20.4.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr.8	Mahnwache
Do, 20.4.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 20.4.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 20.4.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 20.4.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 20.4.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 21.4.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 22.4.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.4.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 22.4.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 22.4.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.4.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 22.4.2023 14-18 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus	Fahrraddemo
Sa, 22.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung
Sa, 22.4.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 22.4.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 22.4.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.4.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 22.4.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 29.4.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Mo, 1.5.2023 14-19 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demo und Aufzug
Mo, 1.5.2023 13-19 Uhr	Berlin, Bhf-Gesundbrunnen	Demo
Mi, 3.5.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 6.5.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



GSG 9 IM EINSATZ GEGEN POLIZISTEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Vom Thomas Willi Völzke

Am 22. März 2023 wurde im Ruhrgebiet ab 6 Uhr morgens das Haus von Björn Lars Oberndorf, dem Vorsitzenden des Vereins Polizisten für Aufklärung, und seiner Lebensgefährtin durchsucht. Medien stellten die Durchsuchung als Teil einer großangelegten »Razzia im Reichsbürger-Milieu« dar.

Die Einsatzkräfte gelangten mit eigens angeforderten Beamten der GSG 9-Spezialeinheit in die Räume von Herrn Oberndorf und Partnerin. Die Durchsuchung dauerte über sechs Stunden. Grund für das Vorgehen: Es lag ein Beschluss zur Durchsuchung gemäß Paragraph 103 der Strafprozessordnung – Durchsuchung bei anderen Personen, also dem Nichtverdächtigen in einem Strafverfahren – vor. Neben der strafprozessualen Hausdurchsuchung wurde auch die Lebensgefährtin aus »gefahrenabwehrenden Gründen« durchsucht, wie es hieß. Herr Oberndorf wurde zudem zwischenzeitlich mittels Kabelbinder gefesselt.

Es sind in den folgenden Zeilen Erörterungen in polizeirechtlicher und -taktischer Hinsicht zu lesen, die verknüpft werden mit gezielten Fragen zu dem Sachverhalt. Diese sollen dem Leser die Möglichkeit geben, in verständlicher Form einen Teilbereich des Polizeirechts und der Polizeitaktik zu erkennen, so dass er sich eine fachliche Diskussionsgrundlage schaffen kann. Vorab sind in dieser Schnellübersicht die Fragen in teils gekürzter Form bereits formuliert. So können die Themen stringent von jedem erarbeitet werden.

Welche Tatsachen lagen dem Generalbundesanwalt und der anordnenden Richterin vor, die das Auffinden von bestimmten Beweismitteln nachvollziehbar vermuten ließen? Welche Einengung des Ermessenspielraums bei der Auswahl der Ermittlungsvarianten lag vor, dass das Haus durchsucht werden musste? Sehen der Generalbundesanwalt, die anordnende Richterin sowie alle am Einsatz beteiligten Beamten mit der Hausdurchsuchung bei dem Zeuge n die Einhaltung des Grundsatzes, der Verhältnismäßigkeit in den Punkten der Erforderlichkeit, der Angemessenheit und des zeitliches Übermaßverbots als erfüllt an? Welchen Grund gab es, die Beamten der Sondereinheit GSG 9 das Haus unter Anwendung von unmittelbarem Zwang gegen Sachen stürmen zu lassen? Welche Rechtsgrundlage haben die Polizisten bei der Personendurchsuchung erkannt? Wie begründen die Polizisten rechtlich die Anwendung von unmittelbarem Zwang in Form der Fesselung? Wer war verantwortlich für die Beurteilung der Lage, die zu dem Entschluss der Hinzuziehung der GSG 9 und deren gewaltsames Eindringen in das Haus führte? Welches sind die bestimmten Beweismittel in Form von Dateien, nach denen der Generalbundesanwalt und die ihm unterstellten Beamten suchen werden?

Die vollständige Ausarbeitung und die Antworten finden Sie unter:
echte-polizisten.de/fragen-zur-durchsuchung-bei-lars-oberndorf/

Frieden, Freiheit, Selbstkritik?

Gespräch mit dem Psychologieprofessor und Psychotherapeuten Klaus-Jürgen Bruder, Neue Gesellschaft für Psychologie (NGFP) | Interview von Dr. Christine Born

DW: Herr Professor Bruder, Sie haben sich intensiv mit der Corona-Politik auseinandergesetzt. Wie schätzen Sie die aktuelle Situation ein?
K.-J.B.: Es sickern immer mehr Informationen durch zum Thema Impfung und Maßnahmen, wobei immer noch ein Gegensatz zwischen Medien und Straße besteht. Die regierungstreuen Medien sind sehr verhalten mit der Veröffentlichung kritischer Beiträge, aber die Bevölkerung realisiert mittlerweile, wie sehr sie betrogen wurde. Zum Glück konnte der Impfdruck weitestgehend gestoppt werden, sieht man einmal von der Bundeswehr ab. Aber es besteht die Befürchtung, dass die Regierenden weitere »Pandemien« aus dem Ärmel zaubern. Die Demokratiebewegung kann dazu noch nicht Stellung nehmen, bleibt aber in weiser Voraussicht weiterhin auf der Straße und demonstriert. Das Corona-Kapitel ist also noch nicht abgeschlossen.

DW: Wie erleben die bisher eher passiv gebliebenen und gehorsamen Mitbürger die Situation?
K.-J.B.: Es ist aus psychologischer Sicht schwierig für sie. Sie merken jetzt, dass sie sich auf Leute verlassen haben, auf die sie sich besser nicht hätten einlassen sollen. Viele reagieren mit Abwehr und Leugnung. Man weicht auf Begriffe wie »Long Covid« aus, denn man darf nicht an sich heranlassen, dass die Impfung gesundheitliche Beeinträchtigungen oder gar Todesfälle ausgelöst hat. Die Regierungspolitiker unterstützen und fördern diese Fehleinschätzung schamlos, um ihre Verantwortlichkeit abzuschieben. »Ohne Impfung wär's ja noch viel schlimmer gekommen!«

DW: Die Rolle der Medien wurde und wird seit Jahren heftig kritisiert. Wie sehen Sie das?

K.-J.B.: Dass freie Medien teilweise so bekriegt werden, wie etwa der TV-Sender *AUF1*, zeigt, dass der *Mainstream* seine Felle davonschwimmen sieht. Die Bedeutung der alternativen Medien in den vergangenen drei Jahren kann man nicht hoch genug einschätzen. Sie haben schließlich viele Menschen über die Fragwürdigkeit der Coronamaßnahmen aufgeklärt und damit geschützt. Sie haben ein ungeheures Potenzial. Wenn diese kritische Stimmen abgetan werden und ihnen eine politische Bedeutung abgesprochen wird, ist das wie ein ängstliches Pfeifen im dunklen Wald. Die *Mainstream*-Medien müssten ihre Aufgaben ernsthaft wahrnehmen, um wieder Land zu gewinnen. Beispielsweise müssten sie bei Gesundheitsminister Karl Lauterbach oder anderen hochrangigen Verantwortlichen mit großem Einfluss auf die Coronasituation ganz detailliert nachfragen. Aber man hat den Eindruck, auch sie wollen sich aus der Verantwortung stehlen und so tun, als sei nichts gewesen. Insofern finde ich es sehr passend, dass die Demonstranten bei der Friedensdemonstration in Berlin am 28. März 2023 gerufen haben: »Frieden, Freiheit, Aufarbeitung!« Das zeigt eine bedeutsame Bewusstwerdung an. Und den Verantwortlichen in Politik und Medien sollte man zurufen: »Frieden, Freiheit, Selbstkritik!« (lacht)

DW: Was halten Sie von den Abwertungen, Beschimpfungen und der sozialen Abstrafung kritischer Bürger?
K.-J.B.: In einer Gesellschaft muss es immer eine kritische Funktion geben. Dieses Korrektiv ist für unser Zusammenleben unabdingbar. Die Intellektuellen und Wissenschaftler, die bisher auf Kritik abonniert waren, fielen aber während der Coronazeit aus. Deshalb mussten andere für sie in die Bresche springen und die kritische Arbeit tun. Dafür bestrafte man sie teilweise sehr streng mit sozialer Ausgrenzung, wie etwa den bisher sehr anerkannten Mediziner Professor Sucharit Bhakdi. Jetzt, wo es um den Ukrainekrieg geht, tauchen wieder einige der früheren Kritiker auf und beschweren sich über die angeblich so lahme Friedensbewegung, dabei haben sie selbst dazu beigetragen, die kritischen Bürger zurückzustoßen und die aufblühende bürgerliche Friedens- und Freiheitsbewegung zu desavouieren.

DW: Wie geht es weiter?
K.-J.B.: Die Coronamaßnahmen wie etwa die Tests bleiben latent erhalten, um sie jederzeit wieder reaktivieren zu können. Die Maske fungiert als eine Art Brückenkopf und symbolisiert die neue Normalität am deutlichsten. Im Ukrainekonflikt zeigt sich die gleiche Einseitigkeit der *Mainstream*-Medien wie bei Corona. Erschreckend ist das angekündigte Großmanöver im Juni 2023 mit ausgesuchten »Kriegsorten«. Die Friedensappelle müssen zunehmen und ernster werden. Es müssen klare und entscheidende Worte gefunden werden. Es muss endlich öffentlich anerkannt werden, dass der Krieg in der Ukraine schon seit 2014 im Gang ist.




Spricht im DW-Interview Klartext: Prof. Bruder. Foto: privat

OSTERN, BUßE UND WIDERSTAND

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Daniel von Wachter

Die Kraft Osterns können wir an den Jüngern Jesu erkennen, die nach der Hinrichtung ihres Meisters auf einmal so voller Kraft waren, dass sie durch die ganze Welt reisten, überall Gemeinden aufbauten und für ihren Auftrag, den Tod zu tragen, bereit waren. Die Auferstehung Jesu hatte ihnen bewiesen, dass Jesus wirklich der von Gott gesandte Erlöser war. Viele Menschen glaubten ihnen, weil sie sahen, dass die Jünger nicht durch eine fixe Idee, sondern durch eine sichtbare Tatsache angetrieben wurden. Einen Augenzeugen der Auferstehung zu sehen, der vernünftig ist und für seine Überzeugung Leiden in Kauf nimmt, ist ein sehr starker Beweis für die Auferstehung. Daher wuchs die christliche Gemeinde explosionsartig.

Es war eine Botschaft des Sieges über den Tod, aber auch ein Ruf zur Buße. Jesus lehrte die Menschen zu erkennen, was gut und was böse ist. Das führt uns zur Buße, aber es macht uns auch selbständig, so dass wir nicht mehr durch Befehl und Gehorsam kontrollierbar sind. Mit unerhörtem Mut hielten die Jünger der jüdischen und der römischen Obrigkeit ihre Schuld vor:

»Jesus von Nazareth, einen Mann, von Gott bei euch erwiesen durch Kräfte und Wunder und Zeichen, die Gott durch ihn tat, mitten unter euch, wie ihr selbst wisset; diesen, der nach Gottes festgesetztem Rat und Vorherwissen dahingegeben worden war, habt ihr genommen und durch der Ungerechten Hände [ans Kreuz] geheftet und getötet. Ihn hat Gott auferweckt, indem er die Bande des Todes löste, wie es denn unmöglich war, dass er von ihm festgehalten würde.« (Apostelgeschichte 2,22-24)

Für die »Autoritäten« war und ist diese Freimütigkeit gefährlich, weshalb die Christen verfolgt und die meisten Jünger hingerichtet wurden. Während die Zeloten mit Gewalt Widerstand üben und einen Nationalstaat errichten wollten, blickten die Christen auf Gott. Gott ist der Schöpfer des Universums, und er ist gut, er ist das Gute. Daher durchschauen die, die auf ihn blicken, das Böse, und die Mächtigen können sie nicht mehr durch Befehle kontrollieren. In der Coronakrise merkte man davon zwar bei vielen Christen nichts, aber es funktioniert wirklich, probieren Sie es aus. Im Gebet können wir mit dem Schöpfer, unserem Richter und dem Guten sprechen.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de



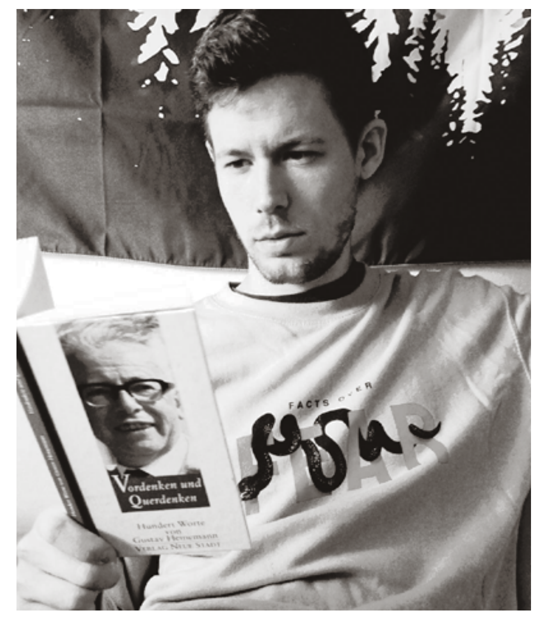
MOTORRAD STATT HAMSTERRAD

Interview mit dem Journalisten Nicolas Riedl

DW: Herr Riedl, könnten Sie sich den Lesern einmal vorstellen?
Nicolas Riedl: Ich kam 1993 in München zur Welt. Nach einer eher unpolitischen Jugend wurde ich 2014 durch die Ukrainekrise politisiert und veröffentlichte ab 2017 im *Rubikon*-Magazin Beiträge zu verschiedenen Themen. Von da an studierte ich Medien-, Theater- und Politikwissenschaften in Erlangen. Seit 2021 bin ich Teil des Kernteams von *Rubikon* beziehungsweise nun *Manova*.

DW: Schon im März 2020 haben Sie die ersten Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz mit der Kamera begleitet. Wie kam es, dass Sie so schnell geschaltet haben?
N.R.: Im Grunde genommen habe nicht ich schnell geschaltet, sondern mein geschätzter Kollege Jens Lehrich. Dieser führte am 26. März ein *Rubikon*-Videointerview mit Anselm Lenz, das am Folgetag veröffentlicht wurde. Darin sprachen beide über die am 28. März 2020 anstehende und heute vielfach als historisch angesehene Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Da ich zu dieser Zeit bereits die Videos für *Rubikon* schnitt, erfuhr ich vorzeitig von diesem Ereignis und kontaktierte daraufhin Anselm Lenz. Dieser ermutigte mich, an diesem Tag in die Hauptstadt zu kommen. Mir war schließlich nicht bewusst, ob man sich in Berlin überhaupt frei bewegen konnte. So nahm ich – anstatt wie verordnet *at home zu stayen,* also zuhause zu bleiben – den fast menschenleeren ICE durch das stillgelegte Land und dokumentierte die Ereignisse an diesem eigenartigen Tag. Die Videoreportage wurde nach weniger als 24 Stunden von *YouTube* gelöscht. Für mich eine gänzlich neue Erfahrung. Der Beitrag ist allerdings nach wie vor auf der Plattform *BitChute* abrufbar.

DW: Sie haben längere Zeit das Feuilleton dieser Zeitung betreut und waren neben Roland Rottenfußer, Elisa Gratias und Jana Pfligersdorffer eine zentrale Kraft des Internetmagazins *Rubikon*. Warum machen Sie sich die ganze Arbeit?



Kämpft für die Zurückeroberung unserer Freiheit: Manova-Journalist und Ex-DW-Mitarbeiter Nicolas Riedl. Foto: Privat.

N.R.: Ich habe die zermürbende Wirkung sinnentleerter *Bullshit-Jobs* in meinem Leben mehrfach an Leib und Geist erlebt. Diese Erfahrungen stehen als Mahnmal in meiner Biografie und treiben mich dazu an, meine Tage mit sinnstiftenden Aufgaben zu füllen. Bildlich gesprochen sitze ich lieber auf einem Motorrad statt im Hamsterrad. Und wenn mein Tun mit Sinn gefüllt ist, fühlt sich ein Großteil der Arbeit auch nicht mehr nach Arbeit an. Als dann der globale Corona-Putsch kam, konnte ich als Freiheitsliebender nicht anders, als meine gesamte Energie in die Zurückeroberung der Freiheit zu investieren, um sowohl heute als auch in der Zukunft in den Spiegel blicken zu können. Daher habe ich im Rahmen meiner Möglichkeiten allen meine Hilfe und Unterstützung angeboten, die sich reinen Herzens für die Wahrung der Menschlichkeit eingesetzt haben.

DW: Das weitreichenstarke Internetmagazin *rubikon.news* wechselt nun den Namen sowie die Internetadresse und wird zu *manova.news*. Wie kam es zu diesem Schritt?
N.R.: Die Nutzungsrechte für die Marke *Rubikon* und die Internetadresse wurden uns Anfang des Jahres gekündigt und laufen in absehbarer Zeit aus. Daher mussten wir uns entscheiden: Aufhören oder unter einem anderen Namen weitermachen. Wir haben uns für die zweite Möglichkeit entschieden und bei dieser Gelegenheit gleich einen kleinen Tapetenwechsel vollzogen.

DW: Was bedeutet *Manova*? Spielt die US-Rockand *Manowar* eine Rolle dabei?
N.R.: *Manova* setzt sich zusammen aus *Ma* für Magazin und *nova* für neu. Im kreativen Namensfindungsprozess ist den Kollegen mit *Heavy-Metal*-Affinität – die auch Fans besagter Band sind – die namentliche Ähnlichkeit in der Aussprache aufgefallen. Diese war allerdings nie intendiert.

DW: Daran anknüpfend: Was ist die inhaltliche Ausrichtung von *Manova*?
N.R.: In Sachen Ideologie-, Herrschaftskritik und Analyse bleiben wir der Ausrichtung von *Rubikon* treu und verfeinern diese. Neu ist unser Debattenraum, in dem die aktuellen und zukünftigen Reizthemen wie etwa das *Gendern* oder der Klimawandel multiperspektivisch von verschiedenen und unterschiedlich denkenden Autoren behandelt werden. Wir wünschen uns mehr sich aufeinander beziehende Repliken und damit einen lebendigeren Dialog zwischen Menschen, die unterschiedlich denken. Hart in der Sache, aber weich zum Menschen, wie man in der weißen Rhetorik sagen würde. Darüber hinaus wollen wir den Fokus verstärkt auf Lösungsansätze richten, statt uns ausschließlich an dem alten System abzuarbeiten. Die Analyse ist wichtig, doch noch viel wichtiger ist es, die bereits real existierenden Alternativsysteme sichtbar zu machen. Das geschieht in den freien und alternativen Medien viel zu wenig. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und zudem eine friedvolle, humane und versöhnliche Tonart im zwischenmenschlichen Miteinander rekultivieren.

DW: Herr Riedl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

BESTANDS-AUFNAHME



DIE JOURNALISTEN UND MEDIENENTWICKLER KAYVAN SOUFI-SIAVASH (KENFM, APOLUT.NET) UND ANSELM LENZ (DW-ZEITUNG, S&L-VERLAG) IN DER BESTANDSAUFNAHME NUMMER 11.

- **BALLWEG FREI!**
- **»KÖNNEN WIR KRIEG?«**
- **VERSÖHNUNGSKURS DER MAINSTREAMPRESSE?**

K.S.S. (als Colonel Kilgore aus dem Film »Apocalypse now« verkleidet): Ich würde gern nicht mehr darüber reden müssen, aber wir gewinnen da nicht in der Ukraine. Also »wir«, die Nato, die Kilgores. Wir sind keine Kilgores, wir sind Flaschen! Und da frage ich mich schon, wofür ich eigentlich soviel Geld ausgebe. Ich habe schon eine gewisse Erwartungshaltung. Es gibt eine *ARD*-Reportage mit dem Titel »Können wir Krieg?« Nee, können wir nicht! – Aber steigen wir lieber mit der ersten positiven Nachricht ein. Michael Ballweg ist frei. Seit wann?

A.L.: Michael Ballweg ist am 4. April 2023 freigekommen nach neun Monaten Folterhaft im Terrorgefängnis von Stuttgart-Stammheim. Eine gute Nachricht für die Demokratiebewegung und, das müsste man im Grunde fast so sagen, für die Menschheit. Er ist nun nach neun Monaten aus der scheinbar endlosen Untersuchungshaft entlassen worden. Der UN-Kommissar gegen Folter, Nils Melzer, hatte ja bereits ab 2020 angeprangert, was in der BRD in den vergangenen drei Jahren so passiert ist. Einer der traurigen Höhepunkte war die vollkommen haltlose Inhaftierung des Demokraten, Freiheitskämpfers und Organisators von Demonstrationen, bei denen Menschen Herzchen hochhielten, Michael Ballweg. Im Grunde erstaunlich, dass er durch die Haft so wohlbehalten durchgekommen ist. Ich würde das an seiner Stelle nicht herunterspielen... Für sich betrachtet ist das bereits einer der größten Skandale der Nachkriegsgeschichte, allenfalls noch mit dem Fall Gustl Mollath vergleichbar, wo Staatsanwälte auch einen Kritiker einfach wegsperrten ...

K.S.S.: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, aber wenn es um Steuerhinterziehung ginge, müsste man bei Olaf Scholz anfangen. Da sind wirklich Milliarden hinterzogen worden bei seinem *Cum-Ex*-Skandal und *Wirecard*. Olaf Scholz kann sich angeblich an nicht erinnern und sitzt nicht in Haft. Wenn die Banken mit der Politik zusammen im ganz großen Stil Steuern hinterziehen, ist das gar kein Thema. Wenn der Michael Ballweg aber angeblich Steuern hinterzogen haben soll, ist es das aber. Wobei sich übrigens Tausende seiner Spender gemeldet haben und gesagt haben, dass sie sich nicht betrogen fühlen. Das hat der Staat selbst getan und gesagt: »Es könnte sich ja jemand betrogen fühlen!« Ich habe es ja schon damals gesagt und es ist echt peinlich für ein Land, das vorgibt, demokratisch zu sein. Aber wenn jemand zu mächtig wird ... und die Macht Ballwegs bestand ja vor allem darin, seine *IT*-Kenntnisse dafür zu benutzen, Menschen digital zu vernetzen, sodass sie Demonstrationen organisieren. Und dann soll der Mann so gefährlich sein, dass er in dieses Hochsicherheitsgefängnis muss, das für die Rote Armee Fraktion gebaut wurde?

Mehr Bestandsaufnahme über apolut.net und demokratischerwiderstand.de

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

EIN BÜNDEL FELDPOSTBRIEFE – EIN PLÄDOYER FÜR DEN FRIEDEN

In den 90er-Jahren übergab mir meine Mutter ein Bündel Feldpostbriefe. Diese ließen mich erahnen, was ich als Embryo an Eindrücken aufgenommen haben muss. Vor fast 79 Jahren erlebte ich, was ich nie wieder erleben will: Krieg. Die Briefe führten mich in die Jahre 1944/45. Heranwachsend im Bauch meiner Mutter erlebte ich all die Ängste, Sorgen, Freuden, Hoffnungen, Sehnsüchte, Verzweiflung, Heimatlosigkeit und Ohnmacht meiner Mutter mit, denen mein Vater im fernen Russland ausgesetzt war. Meine Eltern hatten 1943 geheiratet: Mein Vater in Uniform, meine Mutter im geliehenen Brautkleid.

Oft habe ich mich gefragt, woher die Bilder von brennenden Häuserfronten, zerstörten Städten, schwarzen Ruinen in mir kommen. Stammen sie aus eigenen Erlebnissen, aus Erzählungen, aus Filmen? Diese Bilder haben in mir eine solche Präsenz, dass ich glaube, sie tatsächlich vorgeburtlich erlebt zu haben. Die Feldpostbriefe meiner Eltern haben mir geholfen, manches zu verstehen, was ich in mir trug, aber nicht benennen konnte. Tief Erschütterndes haben meine Eltern mitgemacht, meine Mutter die Bombardierung von Freiburg, die Flucht nach Heidenheim, Hunger, Kälte, Kellerzimmer, meine Geburt dort im Krankenhaus. Mein Vater Schlamm, Kälte, Entbehrung, Übermüdung, furchtbare Kämpfe und Verwundungen in Russland, dazu die Sorge um Frau und Kind und entsetzliche Sehnsucht nach ihnen. Im Mai 1945 kam er in Gefangenschaft und rechnete mit seiner Erschießung. Sein letzter Brief ist tiefergreifend. Er erlebte, wie seine Kameraden an die Wand gestellt wurden. Ihn selbst rettete das russische Wort für »Arzt« das Leben. Man übergab ihm eine Infektionsabteilung, die er bis August 1945 betreuen musste, ehe er fliehen konnte.

Wenn unsere Medien heute ihre Geschichten von Panzerlieferungen bringen, blenden sie aus, dass kostbare Menschenleben sinnlos geopfert werden, um die Aktienkurse der Waffenfirmen nach oben zu treiben und die Reichen und Mächtigen noch reicher und mächtiger zu machen. Sollen doch alle Menschen, die diesen Krieg wollen, dort hingehen und ihn austragen. Und alle Menschen, die ihn nicht wollen, sollen beschützt sein.

Damals vor 80 Jahren, als mein Vater seinen Einberufungsbefehl erhielt, ist es meinen Eltern noch nicht eingefallen, dass es ein Mittel gegen Krieg gibt und das lautet: NEIN! Niemand hat das Recht, das Leben eines anderen zu opfern.
– Karin K., Überlingen

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand



Widerstand gegen die korrupten Regime ist wichtiger denn je, denn die Bombenstimmung nimmt zu. Foto: Georgi Belickin

Wer hat an der Uhr gedreht?

Die nukleare Bedrohung steigt, ebenso die Möglichkeit einer Revolution Europas. | Von Hendrik Sodenkamp

China ist in diesen Tagen der Nabel der Welt. Der chinesische Staatspräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jingping, empfängt zur Zeit Staatsoberhäupter aus der ganzen Welt.

Hintergrund der Besuche ist der sich zuspitzende Konflikt der USA mit China, der an der Insel Taiwan festgemacht wird. Vor wenigen Wochen war Xi Jingping nach Moskau gereist und hatte mit dem russischen Staatspräsident Vladimir Putin eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Länder verhandelt. Zwei Abkommen zur strategischen Partnerschaft bis zum Jahr 2030 waren unterzeichnet worden. Russland sagte eine verstärkte Lieferung von Erdöl und Gas nach China zu und China den verstärkten Export von Elektronikprodukten, womit sich die beiden Länder zusehends von den ehemals führenden Volkswirtschaften auf diesem Gebiet, den Nato-Staaten USA und Japan, unabhängig machen.

Nun reisten in der vergangenen Woche die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron nach Peking. Während die adlige Ursula Leyen am Flughafen den Besucherausgang nutzen musste, wurde der Franzose mit Ehren empfangen. Bei dem Treffen kam auch der sich zur Zeit zuspitzende Taiwan-Konflikt zur Sprache: »Das Schlimmste wäre zu denken, dass wir Europäer bei diesem Thema Mitläufer sein sollten und uns an den amerikanischen Rhythmus und eine chinesische Überreaktion anpassen sollten«, so Macron, sonst drohe Europa zu einem Vasall der USA oder Chinas zu werden, wo es ein dritter Pol sein könnte.

DIE EIGENSTÄNDIGKEIT EUROPAS

Diese Betonung einer eigenständigen europäischen Position löste erwartungsgemäß einen Sturm der Entrüstung im transatlantischen Blätterwald aus: Macron spalte die »westliche Wertegemeinschaft«,er wolle sich und sein Land vor den Deutschen in einem guten Licht, er gefährde das Leben und die Unabhängigkeit der Taiwanesen, so der Tenor zu Macrons Äußerungen, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit zur Sprache brachten. Die umstrittene deutsche Außenministerin Annalena Bärbock wurde kurz darauf nach China entsandt, um mit »feministischer Außenpolitik« den eisernen US-Standpunkt der deutschen Politik zu betonen. Fast zeitgleich landete der neue brasilianische Staatspräsident Luiz Lula da Silva in Peking mit einer großen Delegation, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China zu verstärken. Brasilien ist mit Abstand die größte Volkswirtschaft Südamerikas, womit sich zeigt, wie sich der Nato-Westen international zusehends isoliert.

Die Treffen fanden vor dem Hintergrund umfangreicher Militärmanöver der Chinesen und der Taiwanesen statt. Laut dem Politikwissenschaftler Ullrich Mies sind die USA dabei, Europa im Krieg gegen Russland einzuspannen, um selbst die nötigen Kapazitäten frei zu haben, um Krieg gegen China führen zu können.

TIKTOK ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUR

Das beinhaltet in den USA auch die Sperrung des in China ansässigen Video-Unternehmens *Tiktok*, das vor allem bei jungen Menschen sehr beliebt ist. Mit einem Gesetz mit dem sprechenden Namen »Reset« soll die chinesische *App* verboten werden, mit der Argumentation, dass die chinesische Regierung über das Telefonprogramm Propaganda verbreiten könne – so es wie die US-Unternehmen *Facebook* und *Youtube* praktizieren. Außerdem warnen US-Politiker vor der Weitergabe von Nutzerdaten an den chinesischen Machtapparat, so wie es die US-Unternehmen während des Corona-Feldzuges getan hatten. Die Unternehmen des Silicon Valley, einst angetreten mit hehren Menschheitsbeglückungsversprechen, freuen sich über diesen gesetzlichen Vorstoß zur Sicherung der eigenen Marktmacht im Westen, ebenso deren Aktionäre über den Anstieg der Kurse nach Verkündigung des Gesetzesvorhabens.

FRANZOSEN BESETZEN BLACKROCK

Dass die Menschen zusehends die Faxen dicke vom überwachenden, kontrollierenden und verarmenden Finanz-Digitalkomplex haben, machte die französische Bevölkerung am 7. April 2023 klar, als sie die Zentrale des größten Finanzverwalters der Welt *Blackrock* stürmte. Im westlichen Nachbarland Deutschland herrschen seit Wochen vorrevolutionäre Zustände. Im ganzen Land werden Straßen von Demonstranten blockiert, Raffinerien außer Betrieb gesetzt und in allen Städten des Landes wird zu Hunderttausenden demonstriert. Laut Umfragen lehnen 80 Prozent der Franzosen den *WEF*-Anführer Emmanuel Macron als Präsidenten ab und fordern seinen Rücktritt. Sein Vorstoß das umstrittene Rentenprogramm ohne parlamentarische Abstimmung durchzudrücken, erzürnt die Demokratie liebenden Franzosen. Dabei ist diese Rentenreform nur der Aufhänger des Widerstands: Seit Jahren mehren sich die Straßenbewegungen in Frankreich. Die Forderung ist nichts weniger als die Revolution und die Ausrufung einer neuen, gerechteren Republik.

Davon dürfte sogar die US-Regierung wenig halten. Ein durchgestochenes Konvolut aus Geheimdokumenten, dass in der vergangenen Woche viel Aufsehen erregte, gab hierzu jedoch noch keine Auskunft. Aus den Dokumenten ist zu entnehmen, in welchem Ausmaß sich die US-Regierung und das Militär in der Ukraine einsetzt, und welches Ausmaß die alltägliche Überwachung von internationalen »Freunden« erreicht hat. Kritiker riefen jedoch auch zur Vorsicht in der Beurteilung der Dokumente aus, da die US-Regierung deren Echtheit bestätigte. In der Vergangenheit hatte der US-Apparat Wahrheiten dementiert, und Lügen zugelassen. So war auch die russische Regierung vorsichtig in ihren Aussagen zur den durchgestochenen Geheimdokumenten, sie könnten auch Teil einer US-Desinformationskampagne sein, so eine Kreml-Sprecher.

Lügen, Paranoia und die Bombenstimmung nehmen auf allen Seiten zu. Die US-Inflation soll laut Medienberichten auf nur 5 Prozent gefallen sein.

»ES GEHT UM DIE TOTALE ÜBERWACHUNG DURCH DEN STAAT«

Interview mit Elektronik- und Elektromaschinenbau-Meister Fritz Loindl über die neuen Stromzähler Smart Meter

Bis spätestens 2032 sollen alle deutschen Haushalte intelligente Stromzähler bekommen. »Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der stärkere Einsatz von Elektroautos im Verkehrsbereich und Wärmepumpen in Gebäuden erfordern eine intelligente Verknüpfung von Stromerzeugung und -verbrauch«, erklärt Wirtschaftsminister Robert Habeck (*Grüne*). Die sogenannten *Smart Meter* erfassen nicht nur den Stromverbrauch, dieser wird über die Kommunikationsschnittstelle, dem *Smart-Meter-Gateway*, zudem automatisch an den Netzbetreiber übermittelt. Auch die Verbraucher können die Daten (etwa per *Smartphone-App*) jederzeit abrufen. Was praktisch klingt und von der Politik angepriesen wird, ist in diesem Fall jedoch einmal mehr mit erheblichen Gefahren verbunden.

DW traf sich mit Fritz Loindl zum Interview. Der Elektronik- und Elektromaschinenbau-Meister ist seit 30 Jahren selbstständig mit einem kleinen Unternehmen im österreichischen Oberwang, das im Automatisierungsbereich tätig ist. Er gehörte vor sechs Jahren zu den Initiatoren des Netzwerks stop-smartmeter.at, das die Verbraucher über die neuen Stromzähler aufklärt.

DW: Herr Loindl, *Smart Meter* sind digitale, vernetzte Messgeräte, die den Stromverbrauch direkt an die Anbieter übertragen und für Transparenz beim Energieverbrauch sorgen und dadurch Energieeinsparungen erleichtern sollen. Die Netzbetreiber können die Daten zur Netzsteuerung nutzen. Zudem müssen ab 2025 alle Versorger dynamische Tarife anbieten. Das alles klingt eigentlich ganz gut, oder?

F.L.: Für das Stromnetz der Zukunft sind *Smart Meter* nicht erforderlich. Ich kenne keinen einzigen Netzbetreiber, der Gegenteiliges behauptet. In einem normalen Haushalt werden im Schnitt 3.500 kWh pro Jahr verbraucht. Für die Netzbetreiber sind private Haushalte, die nur 25 Prozent des gesamten Stromverbrauchs ausmachen, in Bezug auf die Netzsteuerung daher völlig irrelevant, dafür reichen die vorgelagerten Trafostationen aus. Energie lässt sich damit für die Verbraucher auch nicht wirklich einsparen. Was den dynamischen Strompreis betrifft: Es wird darauf hinauslaufen, dass Strom nachts billiger sein wird. Dann kann man möglicherweise sein Elektroauto aufladen, aber wer wird deshalb nachts mit dem Kochen anfangen oder die Wäsche waschen? Das alles sind meiner Meinung nach nur vorgeschobene Gründe.

DW: Warum werden *Smart Meter* aus Ihrer Sicht denn eingeführt?

F.L.: Die Bundesnetzagentur sagt es ganz offen: *Smart Meter* sind markt- und nicht netzdienlich. Es ist eben ein tolles Geschäft. Die Politik beugt sich einmal mehr der Industrie. Die Folgen sind fatal. Während die alten sogenannten *Ferraris*-Zähler mit der Drehscheibe 50 bis 100 Jahre halten, haben die neuen Zähler nur eine Haltbarkeit von zehn bis 15 Jahren. Ein völlig unnötiger Austausch von Millionen funktionierenden Geräten ist also ein ökologischer und ökonomischer Wahnsinn. Egal was heute von der Politik behauptet wird: Für die Kunden wird es am Ende teurer werden. Aber der Hauptgrund für die Einführung der *Smart Meter* ist aus meiner Sicht ein ganz anderer.



Fritz Loindl erklärt gegenüber dem *DW*, warum er sich gegen *Smart Meter* engagiert: »Ich bin allein schon aus beruflichen Gründen für technischen Fortschritt – aber dieser sollte den Menschen dienen, nicht schaden.« *Foto: privat.*

DW: Nämlich?

F.L.: Es geht um die totale Überwachung durch den Staat. Der Mensch soll komplett transparent werden. Der *Smart Meter* ist dabei nur ein weiterer von vielen Mosaiksteinen. Bei uns in Österreich werden die Zählerstände teilweise bereits in 15-Minuten-Intervallen gesammelt. In Italien und Schweden wird demnächst die neueste Generation von *Smart Metern* eingebaut, mit der man sogar sekundengenau die Daten abfragen kann. An einem Tages- oder Monatsprofil lässt sich eine Menge ablesen, beispielsweise wann die in der Wohnung oder im Haus lebenden Menschen aufstehen, wann sie das Haus verlassen, wann sie ins Bett gehen. Die Fachhochschule Münster konnte in einem Versuchsaufbau sogar feststellen, welches Fernsehprogramm gesehen wurde. Es ist Wahnsinn. Und es gibt noch weitere Gefahren.

DW: Erzählen Sie bitte!

F.L.: Mit *Smart Metern* lässt sich der Strom aus der Ferne jederzeit abschalten, etwa weil ein bestimmtes Tagesbudget an Strom überschritten wurde, man seine Stromrechnung nicht bezahlt hat oder man aus einem anderen Grund stromlos gemacht werden soll. Das öffnet zudem *Hackern* Tür und Tor. Weitere Probleme: Falschmessungen sind möglich. Zudem können andere technische Geräte, Funkuhren oder dimmbare Lampen in ihrem Betrieb gestört werden und plötzlich verrückt spielen. Und nicht zu vergessen: *Smart Meter* erzeugen durch ihre Datenübertragung per Strom- oder Funknetz Elektrosmog, der nicht zu unterschätzen ist und ernsthaft krankmachen kann. In Österreich warnt deshalb sogar die Ärztekammer vor *Smart Metern*.

DW: Wie stellt sich die rechtliche Lage dar?

F.L.: In Österreich kann man den Einbau von *Smart Metern* derzeit noch ablehnen. Die Strategie der Netzbetreiber: Spätestens bei der nächsten Eichpflicht kommen die alten Zähler raus, die neuen rein. Wer sich dann noch weigert, dem wird wohl der Strom abgestellt oder er wird vor Gericht ziehen und dagegen klagen müssen. Auch in anderen Ländern gehen die Netzbetreiber so vor. So könnte es auch in Deutschland laufen, denn es ist eine globale Agenda.

DW: Trotzdem wehren Sie sich?

F.L.: Widerstand gegen diese totalitäre Politik, die wir seit Jahren in zunehmendem Maße erleben, ist wichtiger denn je. Vieles steht derzeit auf der Kippe, überall kracht es. Denn ob Corona, Ukrainekrieg oder Klima-Debatte: Millionen Menschen sind schon aufgewacht, noch nicht alle aufgestanden. Aber wir müssen uns in sämtlichen Bereichen auf die Füße stellen und unsere Freiheit behaupten oder wiederherstellen, bevor es zu spät ist. Es ist höchste Zeit »Stopp« zu sagen.

DW: Herr Loindl, vielen Dank für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Müller.

MELDUNG

IWF-PROGNOSE: RÜCKANG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Washington/DW. Die globale Wirtschaft vor dem schwächsten Wachstum seit 1990. Das berichtet das Handelsblatt und beruft sich auf den Internationalen Währungsfonds (IWF), der vor »herausfordernden Jahren« für die Welt warnt. Deutschlands Lage werde pessimistischer bewertet als die von anderen Nationen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde voraussichtlich um 0,1 Prozent schrumpfen. Bei der vorherigen Prognose im Januar war der IWF noch von einem Wachstum von 0,1 Prozent ausgegangen. Für die Euro-Zone prognostiziert der IWF ein Plus von 0,8 Prozent, für Russland trotz Krieg und der Sanktionen des Westerns ein Wachstum von 0,7 Prozent. (kmü)

ENERGIEPREISE AUCH NACH DEM WINTER NOCH VIEL ZU HOCH

Mainz/DW. Der *Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU)* Rheinland-Pfalz zufolge seien die Energiepreise auch nach dem Ende des Winters viel zu hoch. »Die Preise müssen schnellstens sinken, damit unsere Unternehmen nicht den Anschluss verlieren«, erklärte *LVU*-Hauptgeschäftsführer Karsten Tacke gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur (DPA)*. Derweil drohen die Strom- und Gaspreisbremsen für kleine und mittelständische Unternehmen, die seit dem 1. März gelten, zu verpuffen: Die Hürden, so berichtet das *Handelsblatt*, schrecken viele Firmen ab. (kmü)

AUTO-EXPORTE: WIRD DEUTSCHLAND BALD VON CHINA ÜBERHOLT?

Peking/DW. In der Weltrangliste der Auto-Exporte ist China mittlerweile auf den dritten Rang vorgerückt und liegt damit nur noch knapp hinter Deutschland. Das meldet *Die Wirtschaftswoche*. Nach Angaben des chinesischen Automobilverbandes *CAAM* haben sich die Autoexporte Chinas seit 2020 auf rund 2,5 Millionen Fahrzeuge jährlich verdreifacht. Dem *Deutschen Verband der Automobilindustrie (VDA)* zufolge hat Deutschland 2022 insgesamt 2,61 Millionen Autos exportiert. An der Spitze liegt weiterhin Japan mit rund drei Millionen Pkw. (kmü)



HAVANNA:
»Die, die vor der kapitalistischen Internationale kapitulierten, sogar die Antikommunisten, blicken heute mit einem Hauch von Neid auf das kubanische Volk – weil dieses nicht kapitulierte!« – Der griechische Finanzexperte Yanis Varoufakis Anfang 2023 in Havanna beim »Kongress der Progressiven«. Er mahnte eine »neue Bewegung der Blockfreien« an, die sich vom angloamerikanischen Nato-Imperialismus lösen müsse, ohne diesen frontal zu bekämpfen.

FRIEDENSBOTSCHAFT OLYMPIA?

Über die Hetze gegen die IOC-Zulassung russischer Sportler | Von Rainer Rupp

Die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Ende letzter Woche, russische Sportler unter Auflagen am Wettkampf der Olympischen Spiele teilnehmen zu lassen, ist bei deutschen Politikern und ihren US/NATO-folgsamen Medien auf heftige Kritik gestoßen. Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) wertete die Entscheidung sogar als einen »Schlag ins Gesicht der ukrainischen Sportlerinnen und Sportler«.



Russische Ringerinnnen sollten sich auch unterdrücken lassen dürfen. Foto: Marie-Lan Nguyen / Wikimedia Commons

Flugs setzten sich im vorauseilenden Gehorsam Apparatschiks und Funktionäre deutscher Sportverbände untertänigst für uneingeschränkte-Solidarität mit ukrainischen Sportlern und forderten die Aufrechterhaltung des Ausschlusses russischer und belarussischer Sportler. So empfahl zum Beispiel Frau Mona Küppers, Chefin des Deutschen Segler Verbandes die Sperre für russische und belarussische Athleten auch für alle deutschen Sportereignisse des Jahres 2023 aufrechtzuerhalten. Ein Kommentar im Regierungssender Deutschlandfunk vom letzten Samstag warf dem ICO sogar vor, deutsche Sportler mit der Entscheidung, Russen wieder zu den Wettkämpfen zuzulassen, »in tiefe Gewissenskonflikte« gestürzt zu haben.

DAS REICH DES BÖSEN

In ganz Westeuropa – mit Ausnahme vielleicht noch von Großbritannien – gibt es kein Land, in dem von den Medien eine derart systematische Hetze gegen alles Russische betrieben wird, wie in Deutschland. Das umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche, mit Politik angefangen über Wirtschaft und Kunst bis hin zum Sport.

Demnach geht alles Schlechte von den Russen aus. Dabei vereint Russlands grausamer Zar »Putin der Schreckliche« alles Böse in seiner Person, genau wie Sauron aus den Büchern von Der Herr der Ringe. So wie das schwarz-weiß-Muster dieses Phantasieabenteuers ist auch das Deutschlandfunk-Narrativ über Putin und Russland gestrickt, das Land, das von aggressiven, brutal-primitiven Orks bevölkert ist.

Schauen wir uns mal genauer an, was die Dame Sturmberg vom DLF so zu sagen hatte. Zur Einleitung säuselt Frau Sturmberg mit einschmeichelnder, von Erinnerungen ein wenig verklärter Stimme:

»Menschen die zusammen Sport machen in einem fairen Wettstreit gegeneinander antreten, während der Olympischen Spiele im olympischen Dorf wohnen, zusammenfinden, Freundschaften knüpfen über kulturelle Barrieren hinweg, das ist keine Theorie, das gibt es wirklich so. Olympioniken erzählen das mit leuchtenden Augen, allerdings in der Vergangenheitsform.«

Ja, das war eine wunderschöne Zeit, die Frau Sturmberg hier wieder zum Leben erweckt! Es war eine Zeit, in der stolze Einhörner über Regenbögen galoppierten. Und jetzt ist alles vorbei, denn die Russen haben diese Märchenwelt zerstört. In veränderrtem Tonfall fährt Frau Sturmberg fort: »Inzwischen bringt das Internationale Olympische Komitee Athletinnen und Athleten immer wieder in einen tiefen Gewissenskonflikt, lädt auf sie ab, was auf höchster Ebene entschieden werden müsste, und das wäre jetzt ganz klar: Kriegstreibende Nationen wie Russland sollten bei internationalen Wettkämpfen nicht mitmachen dürfen.«

Wenn das die Forderung einer echten Pazifistin wäre, nämlich kriegstreibende Nationen von internationalen sportlichen Wettkämpfen auszuschließen, dann ließe sich eine solche Position durchaus nachvollziehen, auch wenn man sie nicht teilen muss. Aber hier hat keine Pazifistin geredet, denn sonst hätten an erster Stelle der kriegstreibenden Nationen, die ausgeschlossen werden müssten, die USA und Großbritannien und andere NATO-Länder stehen müssen, einschließlich Deutschland.

In Frau Sturmbergs Deutschlandfunk-Kommentar aber gibt es aktuell auf der ganzen Welt nur eine einzige kriegstreibende Nation und das ist Russland. Selbst der Krieg Saudi Arabiens im Jemen existiert für Frau Sturmberg nicht.

IN WELCHER SPORTART TRITT PUTIN BEI OLYMPIA AN?

So wettert die Sturmberg gegen IOC-Präsident Thomas Bach, dass er eine Kollektivschuld russischer Sportler an dem Krieg ausschließt und auf das Individuum setzt, das nicht für die kriegerischen Handlungen seiner Staatsführung bestraft werden sollte. Empört argumentiert Sturmberg, dass nämlich:

»Autokratische Regime ihre Athletinnen und Athleten ja gerade als Teil ihrer Propaganda auf die sportliche Bühne senden, um Stärke und Überlegenheit zu demonstrieren und ein Signal nach außen in die Welt, aber vor allem auch nach innen ins eigene Land zu senden. Ob Sie wollen oder nicht. Russische Athletinnen und Athleten treten im Namen der Politik ihres Landes an. Ihre Siege sind Siege für Putin und vor allem ein Sieg für den Krieg?«

»TIEFE GEWISSENSKONFLIKTE« UND DAS LIEBE GELD

Aber ist es nicht gerade in Krisen- und Spannungszeiten besonders wichtig, dass Menschen aus verfeindeten Staaten in einem fairen, sportlichen Wettstreit gegeneinander antreten, im olympischen Dorf wohnen, zusammenfinden, Freundschaften knüpfen über alle kulturellen Barrieren hinweg. Und könnte durch solche Szenen der menschlichen Verständigung, die per Fernsehen in die Wohnstuben der Bevölkerung zu Hause übertragen würden, nicht ein Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet werden? Aber Frau Sturmberg, – nomen est omen – will offensichtlich genau das verhindern. Das muss die Frage erlaubt: Wer ist hier der wirkliche Kriegstreiber? Wir sollten auch Frau Sturmbergs Behauptung hinterfragen, dass deutsche Sportler in einem fairen sportlichen Wettstreit mit russischen Sportlern in einen »tiefen Gewissenskonflikt« geraten würden, wenn sie diese Probleme im Wettkampf mit US-amerikanischen und britische Sportler offensichtlich nicht haben, obwohl auch diese Sportler oft enge Verbindungen zu den nationalen Streitkräften ihrer Heimatländer haben, die von Jugoslawien, über Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, etc. in jede Menge massenmörderischer Aktivitäten verwickelt waren.

Mir scheint vielmehr, dass politisch-korrekte Sportmanager und Medien-Manipulatoren – wie zuvor bei Corona im Fall Kimmich – den deutschen Sportlern ihr Bekenntnis zu tiefen Gewissenskonflikten aufgezwungen haben. Mit anderen Worten: Wer als Sportler weiter gesponsert werden und Erfolge haben will, der muss bei der Erwähnung der Teilnahme russischer Sportler sofort, tiefe Gewissenskonflikte empfinden. Allerdings kann ich mir vorstellen, dass es auch deutsche Sportler gibt, die nicht an einem fairen sportlichen Wettstreit interessiert sind und die lieber die starke russische Konkurrenz von vornherein mit Hilfe von tiefen Gewissenskonflikten ausgeschaltet wissen wollen.

FÜSSE STILL HALTEN HELD WERDEN

Deutsche Sportler, denen der Gewissenskonflikt zu groß ist, sollten als Symbol ihres moralischen Widerstandes gegen Russland und als Beweis für ihre Opferbereitschaft für die Ukraine ganz persönlich Putin sanktionieren und aus Protest nicht an der Olympiade teilnehmen! Das wird Putin sicher sehr ärgern. Aus Protest an der Olympiade nicht teilzunehmen ist sicherlich nicht zu viel verlangt. Denn die große Masse des deutschen Volkes wird seit über einem Jahr aus demselben Grund, nämlich Putin zu sanktionieren, gezwungen, große persönliche Opfern zu bringen. Aus Solidarität mit der Ukraine hat die Ampel-Koalition nämlich entschieden, dass wir alle auf billiges, gutes und zuverlässiges russisches Gas und Öl ungefragt verzichten müssen und dafür drei bis viel Mal so viel Geld für Energie aus demokratischen US-amerikanischen oder saudi-arabischen Quellen zu bezahlen.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apulut.net. Wir danke Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.



Publizist Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. 1983 verhinderte er wahrscheinlich einen Atomkrieg.

MELDUNG



RECHTE FPÖ STÄRKSTE PARTEI IN ÖSTERREICH

Wien/DW. Die rechte FPÖ mit kommt laut aktuellen Umfragen in Österreich auf 28 bis 31 Prozent der Stimmen und wäre damit die stärkste Partei. FPÖ-Chef Herbert Kickl (Foto) wetterte während der »Pandemie« massiv gegen die wahnwitzigen Corona-Maßnahmen der Regierung. Aktuell fordert er eine rasche und unbürokratische Einführung einer Impfschaden-Ambulanz sowie eine telefonische *Hotline* für Corona-Impfgeschädigte. Kickl per Facebook: »Wenn Radikalmaßnahmen und milliardenschwere Coronahilfen rasch und unbürokratisch auf den Weg gebracht werden konnten, kann das wohl auch hier kein Problem sein.« (kmü)

ITALIEN: NOTSTAND WEGEN HOHER ILLEGALER EINREISEN

Rom/Lampedusa/DW. Wegen hoher Migrationszahlen hat Italien den Notstand ausgerufen. Seit Jahresbeginn gelangten schon rund 31.000 Geflüchtete über das Mittelmeer in das EU-Land. Allein am vergangenen Wochenende sollen 2.000 Migranten per Boot Lampedusa, eine vorgelagerte Insel Siziliens, die rund 190 Kilometer von der tunesischen Küste enfernt ist, erreicht haben. (kmü).

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Die ehemalige Vizepräsidentin des EU-Parlaments und Beschuldigte im EU-Korruptionsskandal, die Griechin Eva Kaili, ist nach vier Monaten unter Auflagen aus dem Gefängnis entlassen wurden. Die weitere Untersuchungshaft dürfe sie in Hausarrest verbringen, wird dabei mit einer elektronischen Fußfessel überwacht. +++ Ungarn wird künftig mehr Gas aus Russland importieren. Das EU-Land hat in Moskau neue Verträge über zusätzliche Leistungen abgeschlossen und warnte die EU davor, das Abkommen zu untersagen. +++ Deutschland steigt aus, Polen steigt in die Atomkraft ein: Ab 2026 bis Mitte der 2040er-Jahre sollen insgesamt sechs neue AKWs gebaut werden. +++ Brasiliens Präsident Lula befindet sich derzeit auf einer China-Reise. Dabei wird er u. a. von mehr als 200 Unternehmern und Managern, insbesondere aus dem Agrarsektor, begleitet. +++ Obwohl in Israel die umstrittene Justizreform verschoben wurde, reißen die Proteste gegen die Regierung um Premier Benjamin Netanyahu nicht ab. +++ (kmü)

WEITER

DW: Herr Ballweg, hat man Sie im Gefängnis gut behandelt?
Michael Ballweg: Fünfzig Prozent der Wärter sind Querdenker und auf unserer Seite. Ja, man hat mich gut behandelt.

DW: Erst nach neun Monaten U-Haft in Stuttgart-Stammheim kamen Sie frei. Wie ist der Stand des Verfahrens?
M.B.: Es wurde nun eine Anklage gegen mich verfasst; in einer deutlich abgeschwächten Version im Vergleich zu den Vorwürfen. Bis zum 23. April haben meine Anwälte jetzt Zeit, eine sogenannte Klageerwiderung einzureichen. Daran arbeiten wir gerade mit dem Ziel, dass es gar nicht mehr zu einer Gerichtsverhandlung kommt.

DW: Neun Monate U-Haft und dann erst kommt die Anklage. Ist das üblich?
M.B.: Eigentlich ermittelt die Staatsanwaltschaft vorher. In meinem Fall hat sie gleich zu Beginn ihres Ermittlungsverfahrens eine Hausdurchsuchung gemacht, all meine Vermögenswerte beschlagnahmt und festgestellt, dass mein Haus leer war. Ich lebte in Trennung von meiner Frau, wir hatten beschlossen, das Haus zu verkaufen. Daraus leitete die Staatsanwaltschaft eine vermeintliche Fluchtgefahr ab, und die U-Haft begann. Der Vorgang ist unüblich, kommt bei politischen Verfahren jedoch vor. So wurden ein Arzt in Bochum und dessen Frau ebenfalls gleich inhaftiert. Es ist unsäglich, was gerade passiert.

DW: Wo sind sie jetzt zuhause?
M.B.: Meine Konten sind immer noch gesperrt, ebenso komme ich an keine Vermögenswerte heran, weil alles bis zu einem Urteil konfisziert ist. Ich fühle mich in meine Studentenzeit zurückversetzt, reise von Widerständler zu Widerständler. Laut meinen Anwälten könnte das noch länger dauern. Solange bin ich auf Unterstützung aus der Demokratiebewegung angewiesen. Ein Anwalt betreut hier treuhänderisch ein Spendenkonto zu meiner Unterstützung.

DW: Als Sie das Gefängnis verließen, stieg umgehend ein Kollege aus dem Team *Achtung Reichelt* in Ihren Wagen. Wie kam es dazu?
M.B.: In der ersten Zeit meiner U-Haft, im Sommer und Herbst 2022, haben mein Anwaltsteam und ich bewusst nicht viel Pressearbeit gemacht. Nachdem das Oberlandesgericht aber Ende 2022 beschloss, mich nicht aus der U-Haft zu entlassen und dabei wichtige Zeugen wie meinen Steuerberater nicht zu Wort kommen ließ, hatte ich meine Hoffnung auf ein faires Verfahren aufgegeben. Weil sich Willkür abzeichnete, kam der Entschluss, an die breite Öffentlichkeit zu gehen, damit meine Situation und Sicht dargestellt und bekannt wird. Ich bin sehr froh, dass sich das Team von *Pleiteticker* bereit gehalten hat für den Moment meiner Freilassung.

DW: Innerhalb der Demokratiebewegung war und ist die Unterstützung für Sie stark. Was hat Ihnen im Gefängnis geholfen?
M.B.: Die vielen Briefe und die Bücher, die mir geschickt wurden. Von den Demonstrationen bekommt man in der Zelle nicht unbedingt direkt etwas mit, aber über die Zusendungen von Demoberichten und Bildern habe ich gesehen, wie viele Menschen mich unterstützen. Außerdem kamen Zeitungen bei mir an: *The Epoch Times* und der *Demokratische Widerstand.*


Wurde am 4. April nach neun M
Im DW-Interview lässt Michael Ballweg die Vergangenheit Rev

Querdenker Mich
seiner Entlassung a
Stuttgart-S


Im August 2020 hatte Michael Ballweg die Millionendemonstration in Berlin organisiert und gelangte dadurch zu weltweiter Bekanntheit. Foto: evafoto.de

DW: Ein Interview mit dem *SWR* kurz nach der Freilassung schlug hohe Wellen, weil Sie das Zusammengehen der Demokratie- mit der Klimabewegung vorschlugen. Wie ist der Stand?
M.B.: Ich habe mit der Gefängnispost einen offenen Brief an die Aktivisten gesendet, den ich selbstverständlich auch veröffentlichen werde. Darin schrieb ich, dass unsere Ziele in ihrer Essenz dieselben sind, nämlich ein sorgsamer Umgang mit dem Leben und unserem Planeten. Die Wege dorthin sind natürlich unterschiedlich. Die Klimabewegung setzt in erster Linie auf das Thema CO2. In dem Brief schrieb ich, dass das Thema Militär und Kriege in der Klimabewegung komplett ausgeblendet wird.

GEHT'S!

Foto: Georgi Belickin

Monaten aus der Haft entlassen:
vue passieren und blickt zuversichtlich nach vorn. Foto: privat

ael Ballweg nach us dem Terrorknast Stammheim

Das fand ich nicht konsequent, denn wenn es schon das Ziel ist, den CO_2-Ausstoß zu reduzieren, dann müssten die Kriegsgeräte eingemottet werden.

DW: Was war dann der Vorschlag?
M.B.: Wenn sich die Aktivisten der *Letzten Generation* für Frieden auf die Straße kleben, dann setze ich mich meditierend dazu. Was dann hohe Welle schlug, war, dass meine Aussagen von der *BZ* verfremdet und aus dem Kontext gerissen wurden, wobei kein *Statement* von mir eingeholt wurde. Man hat das als willkommenen Anlass genommen, um mich erneut zu diskreditieren. Journalistisch hatte das mal wieder kein Niveau. Ich sehe aber auch einige Reaktionen aus der Grundrechtebewegung kritisch, denn Meinungsfreiheit gilt für alle, und eben nicht nur für die, die meiner Meinung sind. In digitalen Meinungsäußerungen auf *Telegram* oder *Twitter* sehe ich, dass einige glauben, die Klimabewegung dürfe keine eigene Meinung haben. Und da muss man sich dann auch die eigene Bewegung kritisch angucken. Ich weiß, dass die Klimabewegung stark von internationalen Stiftungen in gewisse Bahnen gelenkt wird, aber die Menschen, die auf die Straße gehen, die Menschen an der Basis, die haben meinen Respekt, weil sie – wie die Querdenker – aus Idealismus und Überzeugung auch Repressionen in Kauf nehmen.

DW: In Bayern wurden Aktivisten präventiv verhaftet und weggesperrt. Mit Rechtsstaatlichkeit und Unschuldsvermutung hat das nichts mehr zu tun.
M.B.: Wenn wir Grundrechte und Versammlungsfreiheit einfordern, dann gelten die für alle und wir müssen auch die *Letzte Generation* ertragen, auch wenn uns deren Weg vielleicht nicht gefällt. Der Anlass für meinen offenen Brief war, dass einem 22-Jährigen ein Bußgeld in Höhe von 6.000 Euro für eine Aktion auferlegt wurde, was in diesem Alter enorm viel Geld ist. Ein anderer Aktivist wurde für drei Monate ohne Bewährung ins Gefängnis gebracht, was der üblichen Rechtspraxis widerspricht. In diesen Punkten, so schrieb ich, haben wir gemeinsame Punkte gegenüber einer unverhältnismäßig agierenden Staatsmacht. Kurz: Einheitsmeinung ist kein erstrebenswertes Ziel, sondern eine Art von Diktatur. Wir wollen friedlich über Themen streiten, denn am Ende gehören wir alle zur Menschheitsfamilie, wie es Politikwissenschaftler Dr. Daniele Ganser so treffend formuliert. Diese Forderung nach Pluralität muss man auch mit Leben füllen.

DW: Was sind die nächsten Schritte, die Sie und *Querdenken* jetzt unternehmen werden?
M.B.: Zunächst einmal machen wir am 16. April 2023 eine große Demonstration vor der JVA Stuttgart-Stammheim für die anderen politischen Gefangenen und andere zu Unrecht Inhaftierte. Am 17. Juni bin ich in Dresden. Auf der Internetseite querdenken-711.de werden wir zudem eine Liste mit politischen Gefangenen veröffentlichen, die Unterstützung gebrauchen können. Dort werden wir auch Infos geben, welche Unterstützung funktioniert und welche aufgrund der Vorgaben der JVA nicht. Außerdem starten wir eine Petition mit dem Ziel, dass die Auswirkungen der Coronamaßnahmen in den Gefängnissen zurückgenommen werden.

DW: In den Gefängnissen gelten noch Coronamaßnahmen?
M.B.: Im Zuge der Isolierungen wurden Aktivitäten wie Lese- oder Sportgruppen in den Gefängnissen eingestellt. Meine Wahrnehmung ist, dass man dort der Meinung ist, dass die Isolation der Gefangenen über die Dauer von 23 Stunden am Tag in den letzten drei Jahren doch toll funktioniert hätte, und diese Aktivitäten nicht wieder eingeführt werden sollen. Dagegen richten wir uns in der Petition, die ebenfalls über die *Querdenken*-Seite erreichbar sein wird. Dazu muss man festhalten: Menschen in Untersuchungshaft sind mindestens bis zu einem Urteil erst einmal als unschuldig zu behandeln. Das Einsperren über 23 Stunden in einer Zelle geht nicht. Zweites Thema dieser Petition ist, dass es für die erschwerten Haftbedingungen unter den Coronamaßnahmen eine Kompensation gibt. Ich setze mich also weiterhin dort ein, wo es mit den Menschenrechten im Argen liegt. – Ansonsten verschaffe ich mir erst einmal wieder einen Überblick über die Querdenker-Bewegung. Ich hatte sie bewusst dezentral gestaltet, damit das Ausfallen einer, also meiner Person, nicht alles zusammenbrechen lässt. Das hat in den vergangenen neun Monaten gut funktioniert.

DW: Es geht also weiter?
M.B.: Selbstverständlich. Wir werden weiterhin Demonstrationen organisieren, denn die Probleme im Wirtschafts- und Geldsystem sind nicht gelöst, wie man zuletzt bei den Bankenpleiten sah, und die Verfassungsdebatte wird weiter vorangetrieben. Auch die Meinungsfreiheit ist noch nicht wieder hergestellt, was man nicht zuletzt daran erkennen konnte, dass ein von mir gegebenes Interview nach der Haft umgehend von *Youtube* gelöscht wurde.

DW: Herr Ballweg, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



Michael Ballweg und *Querdenken* werden auch künftig wieder Demonstrationen organisieren. Foto: privat

MELDUNG

FRANCIS FULTON-SMITH WETTERT GEGEN *WOKE*-IRRSINN

München/DW. Schauspieler Francis Fulton-Smith, u. a. bekannt aus der Serie *Familie Dr. Kleist*, hat auf seinem *Instagram-Account* einen Wut-Kommentar veröffentlicht. Dass das *Online*-Portal der *Tagesschau* in einem Beitrag das Wort »Mutter« durch »gebärende Person« ersetzt hat (DW berichtete), bringt den TV-Star mächtig auf die Palme. »Wann wird diese gequirlte *Gender*-Scheiße endlich beendet? Ich bin stolz auf meine Mutter und ich bin stolz auf mein Vaterland. Aber ich schäme mich für den ›Affenfelsen‹, zu dem sich Deutschland entwickelt.« (kmü)

KABARETTIST VINCE EBERT RECHNET MIT AMPEL AB

Wien/DW. In einem *Facebook-Posting* rechnet Vince Ebert mit der Ampel-Regierung ab. Der Kabarettist, schreibt: »Über 80 Prozent der Bevölkerung lehnt Gendersprache ab, 86 Prozent der Deutschen sind für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraft, genauso viele sind gegen das Gas- und Ölheizungsverbot, über 70 Prozent halten die deutsche Migrationspolitik für falsch. Man könnte diese Liste noch ewig weiterführen. Mir ist in der Nachkriegszeit keine deutsche Regierung bekannt, die in praktisch allen großen gesellschaftspolitischen Fragen so massiv gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerungsmehrheit Beschlüsse fasst wie diese. Eine Entwicklung, die einen hilflos und wütend zurücklässt.«

Zudem zitiert Ebert den ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann: »Die Grundlage der Demokratie ist nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis der Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln.» Eberts Fazit: Es sei ein Jammer, »dass der derzeitigen Regierung diese schlichte Wahrheit offenbar egal ist.« (kmü)

Brief an Campino

Das Versagen der Künstlerbranche in den vergangenen drei Jahren lässt sich – stellvertretend für viele andere – gut an einem Namen festmachen: Andreas Frege alias Campino, Sänger der Toten Hosen. | Von Klaus Müller


Von wegen rebellischer Punkrocker! Solche Künstler braucht kein Land: Tote Hose Campino. Fotos: Wiki/Commons

Hey Campino,

was ist bloß mit Dir passiert? Erst warst Du ein *Punk*, dann ein Querdenker – gibt es da nicht ohnehin Parallelen? Und heute? – Doch der Reihe nach: *Punk*? Ja, ich weiß: Viele bezweifeln das, sie hielten Dich schon immer für einen Pseudo-*Punk*. Vielleicht weil Du aus gutem Hause stammst. Dein Vater war Richter, Dein Großvater sogar Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Dein Bruder Michael verdiente als *Lehman-Brothers*-Insolvenzverwalter einen Haufen Kohle. Apropos Geld: Kommerz hat man Euch, den Toten Hosen, immer wieder vorgeworfen. Kein Wunder, schließlich seid Ihr millionenschwere Unternehmer. Das möchte ich Euch aber nicht vorwerfen.

Kommen wir zu Campino, dem Querdenker. Genau so hast Du bei Eurem Weihnachtskonzert am 25. Dezember 2009 im *ISS Dome* in Düsseldorf geklungen, als Du in einer Wutrede eindringlich an Eure Fans und die damalige Kanzlerin Angela Merkel appelliert hast, der Du angeblich einen Brief schreiben wolltest: »Da soll drinstehen: [...] Was Sie uns mit der Schweinegrippe eingetütet haben, kann so nicht weitergehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das hier vielleicht der größte Skandal, den Deutschland über sich ergehen lassen muss, meine Damen und Herren. Für Milliarden wurden irgendwelche Impfungsmittel besorgt. Nur weil die Wirtschaft am Arsch ist, will man uns einen Virus einreden, den es gar nicht gibt. Und wenn es ihn gibt und das steht zu 100 Prozent fest: Er ist immer noch harmloser als unsere ordinäre Grippe. Solange mehr Menschen an der ordinären Grippe sterben als an dieser Schweinegrippe, lass ich mich nicht impfen. [...] Keine *fucking* Spritze in diesen Körper mit diesem Dreck!«

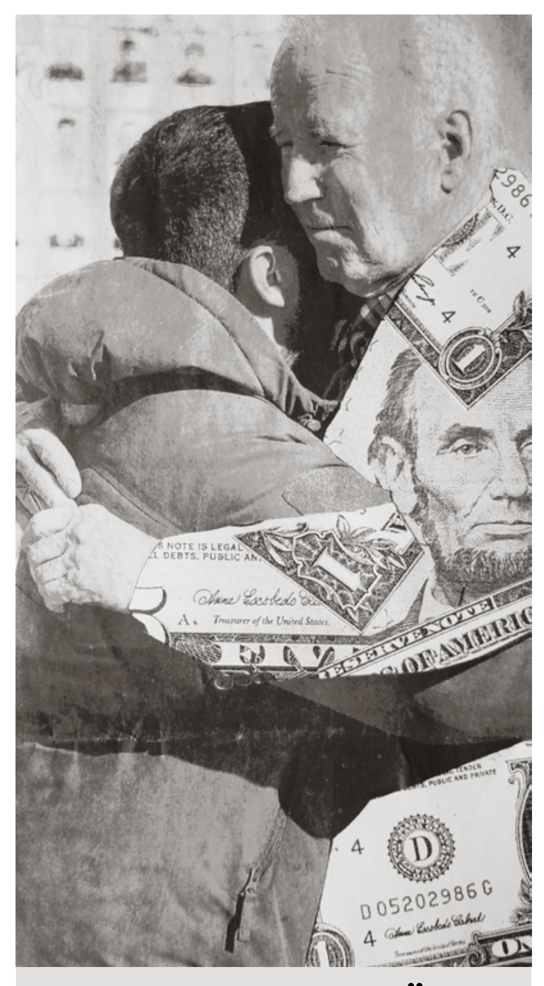
Mehr als 13 Jahre ist das her. Von dem rebellischen Campino, von dem diese Worte stammen, ist seitdem nichts mehr übrig geblieben. Im Gegenteil: Obwohl bei Corona ab Frühjahr 2020 das durchgezogen wurde, was 2009 im ersten Anlauf noch nicht ganz funktioniert hat, habt Ihr, die Toten Hosen, gemeinsam mit weiteren Musikern per sozialer Medien verlauten lassen: »Impfen hilft!« Ihr habt also Eure Fans in die »*fucking* Spritze« getrieben, die – wie zu befürchten war – unzählige Opfer gefordert hat. Warum Campino, hast Du das böse Spiel damals bei der Schweinegrippe durchschaut, nun aber ungeniert mitgemacht? Wolltet Ihr wieder zurück auf die Bühne, um nach den wahnwitzigen Corona-Maßnahmen endlich wieder Geld zu verdienen? Werbung für *Big Pharma* wird gut bezahlt. Damit ließe sich der eine oder andere *Lockdown* sicher gut überbrücken.

Nun ja, ich kannte nur die öffentliche Kunstfigur Campino. Daran ändert auch das knappe Dutzend Interviews nichts, die ich mit Dir einst geführt habe. Mit Deinen heutigen Aussagen und Auftritten kann ich nichts anfangen: Mal verursachen sie ein Kopfschütteln bei mir, mal finde ich sie nur noch zum Fremdschämen. Dir sei es wichtig, das hast Du 2019 gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur (DPA)* geäußert, »dass wir uns endlich intensiv mit dem Klimawandel beschäftigen. Wer das jetzt noch ignoriert, dem kann ich nicht mehr helfen.« Oha, das klingt fast so, als wärst Du bei der Klima-Diktatur auch vorne mit dabei. Weiter sagtest Du: »Es kann jeder etwas dazu beitragen. Jeder kann sich fragen, wieviel Klamotten und Flüge er braucht.» Tja, Wasser predigen, aber Wein saufen. Passt zu den *grünen* Heuchlern, als deren Fan Du dich ja längst offenbart hast: »In meiner Wunschwelt wäre der Kanzler oder die Kanzlerin jemand von den *Grünen*. Seit Anfang der 80er wähle ich nicht anders.« Dass diese ihr Wahlversprechen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, gebrochen haben, dürfte Dir gefallen haben, schließlich hast Du, der Kriegsdienstverweigerer von 1983, Deine Meinung auch geändert, wie Du gegenüber der *DPA* deutlich gemacht hast: Aus heutiger Sicht würdest Du also den Wehrdienst nicht mehr verweigern. »Gerade lernen wir doch eindrücklich, warum eine Identität als Europäer so wichtig ist und warum wir eine Wertegemeinschaft sein müssen. Das hat dann leider auch etwas mit Aufrüstung zu tun. Wir können es uns nicht leisten, völlig wehrlos gegenüber Despoten zu sein, wie Putin einer ist ...« Gut, dann geh' doch an die Ostfront!

Ich habe Euch, die Toten Hosen, oft live gesehen – teils aus beruflichen Gründen (u. a. in Warschau, Buenos Aires), teils aus privatem Vergnügen, weil Eure Konzerte immer grandios waren. Es wird für mich allerdings kein weiteres dazukommen. Sämtliche Eurer *CDs* habe ich in den Müll geworfen. Klar, das wird Dich null tangieren, ebenso wie der Hohn und Spott, der sich nach Deinem Auftritt Ende März beim Staatsbankett mit Charles und Camilla über Dich ergoss. Im Frack, mit Fliege und in Gauklerschuhen hast Du Dein Haupt vor einem Monarchen gesenkt und Dich stolz mit Franziska Giffey fotografieren lassen. Für Systemkritik gäbe es derzeit mehr als genug Anlass. Siehst Du nicht, dass unser aller Freiheit in Gefahr ist, die Demokratie immer mehr bröckelt? Ungeachtet dessen biederst Du Dich bei »denen da oben« an wie kein anderer Künstler. Da muss man sich schon fragen: Welche Peinlichkeit kommt als nächste? Ein Auftritt à la Die Ärzte in der *Tagesschau* oder ein *Gig* im Rahmen des nächsten Parteitags der *Grünen*?

Campino, Du wirst im Juni 61. Vielleicht wäre es an der Zeit, in Rente zu gehen – bevor es noch absurder wird. Um Deine finanzielle Freiheit musst Du Dich nicht sorgen. Als Rentner könntest Du Dir zudem mit Leichtigkeit noch den einen oder anderen Euro dazuverdienen, etwa als (dann offizieller) Werbebotschafter für *Pfizer* & Co, die *Grünen* oder *Rheinmetall*. Aber kannst Du noch guten Gewissens in den Spiegel blicken?

Ob *Punkrocker* oder Volksmusikant: Was Künstler ausmacht, ist die Freiheit im Denken, im Tun und im Sein. Du bist für mich leider kein ernstzunehmender Künstler (mehr), sondern nur noch ein obrigkeitshöriger Untertan unserer unfähigen Regierung, ein Mitläufer statt Systemkritiker, ein Fähnchen im Wind, ein auf Linie gebrachter Schand*punk*. Zum Glück gibt es in diesem Land noch ein paar Kollegen von Dir, die die Bezeichnung Künstler verdient haben. Sie sind in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.



ZWEIFELHAFTES VERGNÜGEN: Der Kiewer Präsidentendarsteller Wolodymyr Selenskyj umarmt von Joseph Biden aus Washington. Montage: Rudolph Bauer.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3982274591



LÜGEN, DIE MIR MEINE REGIERUNG ERZÄHLTE

Robert W. Malone
Kopp-Verlag
ISBN: 978-3864459214



STRATEGIEN DER MACHT
Wie die Eliten uns die Freiheit rauben
Roland Rottenfußer

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890365



AUSWANDERN ODER STANDHALTEN
Ullrich Mies

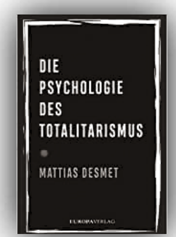
Blue-Tiger Media
ISBN: 978-9493262195



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

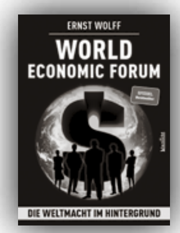
Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3982274577



DIE PSYCHOLOGIE DES TOTALITARISMUS
Matthias Desmet

Europa-Verlag
ISBN: 978-3958905429



WORLD ECONOMIC FORUM
Die Weltmacht im Hintergrund
Ernst Wolff

Klarsicht Verlag
ISBN: 978-3985842315



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3982274560



STAAT MACHT GELD
Modern Monetary Theory oder das Ende der schwarzen Null
Monika Stemmer

Westend-Verlag
ISBN: 9783864893681



KRIEGSFOLGEN –
Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert
Hannes Hofbauer, Stefan Kraft (Hgg.)

Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-511-6

SZ plus FAZ jetzt für DW?

Mainstreamblätter arbeiten sich an unserer kommenden Kioskkampagne ab. | Von DW-Redaktion und Anselm Lenz

Am 17. April vor drei Jahren erschien die erste Ausgabe der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (*DW*). Entstanden aus unseren Flugblättern selben Titels, mit denen wir die Demokratiebewegung bekanntmachten, ist der *Demokratische Widerstand* heute eine Vollredaktion und ein weiterhin ernstzunehmendes Printmedium.

Wir haben fast 30 Millionen Exemplare im ganzen Land und darüber hinaus verbreitet und alle Stimmen der Opposition zu Wort kommen lassen. Mit diesem Schwung geht es weiter! Als kleinen Geburtstagsgruß vorab attestierte uns genau dies auch das Lügenpack von der *Süddeutschen Zeitung* unter dem Titel »Die Querschreiber« und selbstverständlich versehen mit den Prädikaten »Fall für den Presserat«, »verdächtig, sehr verdächtig« und der Nennung der Denunziantenbande vom Inlandsgeheimdienst unter falschem Namen »Verfassungsschutz«. Das sind die Auszeichnungen der Gegenwart.

Denen da oben lauern allerorten
- **Nazis,**
- **russische Agenten,**
- **Reichsbürger**
- **und Mondsüchtige,**

Das sind dann wohl wir. Man muss dazu wissen: Wer milder, weniger kompetent und langweiliger zu Werke als der *DW* ging, wurde und wird genauso vom Lügenfunk des Regimes verleumdet, wie sogar der begabteste unter ehemals kritischen Regimejournalisten, Friedrich Küppersbusch, bemerkte.



Die Querschreiber

Verdächtig: Der *SZ*-Artikel mit dem Titel »Die Querschreiber«

Im Text der *Süddeutschen Zeitung* über die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* hält der Autor Christoph Koopmann seiner Konkurrenz zu Gute: »Die Zeitung bedient, das zeigt bereits ein kursorischer Blick durch die bisher 127 Ausgaben, die gängigsten Erzählungen aus dem Querdenker-Milieu.« – Also Fakten, Fakten, Fakten und an die Leser gedacht. Wir hatten und haben in Sachen Corona und Kriegstreiberei auf ganzer Linie Recht – und sind bereit für die ganz großen nationalen und internationalen Preisverleihungen, öffentliche Rehabilitierungen, allerlei Zeremonien und wochenlange Huldigungen unserer Arbeit zur Hauptsendezeit und in eingehenden, tiefsinnigen Feuilleton-Beiträgen mit Zitaten und Profilfotos in Denkerinnenpose.

Ob die implizite Huldigung der Nato-Postille *SZ* ein Willkommensgruß an uns ist? Weil für uns endlich der Weg an den Kiosk frei ist, nachdem man uns die Pressevertriebsmonopolisten DREI JAHRE LANG auf politische Weisung hin systematisch verhindert hatten?

Die im Vergleich zum Regimeblatt *SZ* kaum minderschwer lügende und fälschende *Frankfurter Allgemeine Zeitung* brachte ihre guten Wünsche an uns am Montag wie folgt vor. Der Mitherausgeber der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*, Professor Rudolph Bauer, verbucht auch dies als Teilerfolg für den *DW*:

»DEMOKRATIE BRAUCHT WIDERSPRUCH« (FAZ, 10. APRIL 2023)

»Mit wachsendem Unbehagen blicken wir auf die Verrohung der öffentlichen Debatte in vielen Gesellschaften des Westens, insbesondere in Amerika. Aber wer glaubt, wir Deutschen machten es besser, hat sich noch nicht mit den Augen anderer betrachtet. Dann würde auffallen, dass hierzulande mindestens so rasch vernichtende Urteile über Andersdenkende gefällt werden, mit oft unerfreulichen Folgen für das Debattenklima, die Entscheidungsfindung und das Vertrauen in den Staat. (...)

Das vielleicht verstörendste Beispiel war der Umgang mit den Impfskeptikern. Es ist noch keine eineinhalb Jahre her, dass ihnen von einem hohen Ärztefunktionär »Tyrannei« vorgeworfen wurde und ihnen ein CDU-Politiker zurief: »Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben!« Auch anderswo wünschte man sich maximale Impfbereitschaft, aber man respektierte die Bedenken der Skeptiker, zumindest das von ihnen reklamierte Recht, über den eigenen Körper verfügen zu wollen. (...)

»Entfesselt oder vielmehr: wiederbelebt wurde der Furor teutonicus zu Teilen durch die sozialen Medien, die das Schrille belohnen und simples, binäres Denken fördern. Aber im spezifisch deutschen Wutbürgertum, das meist im Gewand moralischer Überlegenheit und tief überzeugter Besserwisserei daherkommt, findet sich auch ein Echo auf die vordemokratische Ideengeschichte des Landes (...). Der Zweifler gilt dabei immer weniger als gesunder Widerpart im pluralistischen Meinungskampf, sondern als lästiger, wenn nicht gefährlicher Störenfried auf dem Weg zu einer besseren Welt. Die aber gibt es nicht, jedenfalls nicht für alle, weshalb wir den Widerspruchsgeist rehabilitieren und wieder als Zierde der Demokratie ehren sollten.« (FAZ vom 10. April 2023)



Demokratie braucht Widerspruch



Mit Unbehagen blicken wir auf die Verrohung der öffentlichen Debatte in anderen Ländern. Aber wer glaubt, wir Deutschen machten es besser, irrt sich. Auch hierzulande werden Kritiker allzu oft ausgegrenzt.

Na also, geht doch: Die *FAZ* huldigt den *DW*.

Demokratie braucht also Widerspruch, huldigt die *FAZ* neuerdings den *DW*. Na, sieh mal einer an. Wir sind also zu zäh und zu groß, um uns weiterhin mit Verleumdung und Repressalien fertigzumachen, so will man uns immerhin ein Plätzchen am Katzentisch genehmigen, selbstverständich dem schmuddeligsten, das es gibt.

Doch auch die neue Charme-Offensive der *FAZ* – verbunden im weiteren Text übrigens mit dem Grußwort an internationale Stromgroßkonzerne – ist letztlich der Versuch, die Demokratiebewegung, ihre Macher, Menschen und ihre Medien zu spalten – und von ihren Zielen abzubringen. Wir wissen: Es wird jetzt zusätzlich zu dem vermeintlichen neuen »Kuschelkurs« der Altmedien immer neue

- **»alternative Medienangebote«,**
- **»demokratische Kunstprojekte« und**
- **»neue Zeitungen«**

geben – die zwar erstmal ganz anders daherkommen werden, aber am Ende nichts anderes zum Ziel haben werden, als Teile der Demokratiebewegung aus Sicht des Regimes unschädlich zu machen, also irgendwie ins Polit- und US-EU-Konzernsystem hineinzupressen, auf Nebengeleise zu führen, ruhig zu stellen oder von ihren Zielen abzubringen. Wollen wir wetten?

Insofern heißt es, bei den Originalen der ersten Stunde zu bleiben, bei *Apolut*, beim *Rubikon* und einigen ganz wenigen weiteren, und diese zu stärken und zu fördern – und gern auch den *DW*. Nun kommt der Widerstand an die Kioske und in die Zeitungsständer, bitte oberhalb von *SZ* und *FAZ*. Dazu nächste Woche mehr!



SPORT MIT BERTHOLD

NACH DEM INJEKTIONSWAHN

Ich bekomme, soweit es geht, immer wieder mit, dass Sportler versterben oder schwere Nebenwirkungen erleiden. Die Systemmedien sind leider nicht darauf erpicht, alles aufzudecken.

Wenn wir von den Zahlen der durch die Injektion Geschädigten und Getöteten unter den Sportlern reden, sprechen wir von der Spitze des Eisbergs. Wie verhält sich das eigentlich mit den Verstorbenen oder schwer geschädigten anderen Menschen? Solidarität, Aufarbeitung, Haftung, Entschädigung? Viele Fragen, ich bin auf die Antworten gespannt.

In der Schweiz hat übrigens das Gesundheitsministerium die Empfehlung der »Impfung« zurückgenommen. Darüber hinaus können Ärzte jetzt in Haftung genommen werden. Da schwindet das Impf*business* rapide. Was aus der Impfschaden-Initiative der Fußballikone Thomas Müller geworden ist? Das verfolge ich nicht mehr, er wirkt auf mich wie ein vom System vorgeschobener Vorzeigeathlet, der den Anschein erwecken soll, sich kritisch mit der Materie auseinanderzusetzen. Jungen Sportlern kann ich nur raten, die Finger von diesem Dreck zu lassen und sich nicht zum Versuchskaninchen zu machen. Der Körper ist ihr Kapital, es sind noch nie so viele Sportler gestorben wie in der jüngsten Vergangenheit. Das sollte abschreckend genug sein. Druck hin oder her, sein Leben aufs Spiel zu setzen, lohnt sich nicht.

Ballweg ist ist frei! Mit Michael habe ich über Ostern telefoniert, er hörte sich gut an und ist voller Tatendrang. Das ist wunderbar.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

ZUERST IGNORIEREN SIE DICH, DANN LACHEN SIE ÜBER DICH, DANN BEKÄMPFEN SIE DICH UND DANN GEWINNST DU. MAHATMA GANDHI

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*